

**Ausgabe Nr. 55/2004**

Herausgegeben von:

Christian Neugebauer

Euro 0,70 10.1.2005

www.glocalist-review.com

office@glocalist-review.com

ISSN 1729-6722



# Glocalist

## REVIEW

Sagen Sie uns Ihre Meinung,  
klicken Sie hier:

[Leserbrief schreiben](#)

**P.S: Alle Internet- und  
Webadressen im Glocalist  
sind direkt verlinkt.**

Digitale Wochenzeitschrift für NGO&NPO-Management, Politik, Ökonomie und Kultur | Gegr. 2003



## Urlaub für Grasser...

**D**ie globale Katastrophe der Flut in Asien hat die engen Zusammenhänge zwischen Entwicklungshilfe, Spendenabsetzbarkeit und Asyl für österreichische Verhältnisse deutlich aufgezeigt, wie sich gerade auch in dieser Ausgabe dokumentiert. Finanzminister Grasser und Innenministerin Prokop sehen hier leider keinen Anlass enge, hartherzige aber auch ökonomisch nicht sinnvolle Positionen zu verlassen oder doch zumindest Gesprächsbereitschaft zu signalisieren. Die Spendenabsetzbarkeit kommt nicht, unklar bleibt, ob die zugesagten Millionen für die Opfer aus der Entwicklungshilfe bezahlt werden und in der Asylpolitik kursieren Gesetzesentwürfe, die kaum einer Verfassungsbeschwerde – wie üblich – standhalten werden.

Namhafte NGOs wie ROTES KREUZ, VOLKSHILFE, CSR-AUSTRIA oder die Koordinierungsstelle der Bischofskonferenz (KOO) werden in dieser Frage schnoddrigst abgetan. Vielleicht sollten NGOs mal auch einen Urlaub für Herrn Grasser sponsern; ich denke, dies ließe sich wohl machen. Spenden unter dem Kennwort „URLAUB FÜR GRASSER“ werden gerne entgegengenommen.

Christian Neugebauer

PS: Im Übrigen gehört die Spendenabsetzbarkeit eingeführt.

# Inhalt:

## NGO der Woche

vibe!at ..... 3

## Medienpolitik

Community TV – wann kommst du ? Martin Luksan (Obmann der „Plattform Offener Kanal Wien“) ..... 5

## OENWE

Die Vortagsreihe des OENWE im 1. Halbjahr 2005 ..... 6

Nachhaltiges Wirtschaften rechnet sich; Dr. Martha Oberndorfer (CFA Kommunalkredit Dexia Asset Management AG) ..... 7

## Fair Trade

FAIRTRADE als wirkungsvolle Entwicklungszusammenarbeit mit dem Einkaufskorb; Veronika Ploster (FAIRTRADE ÖSTERREICH) ..... 8

INTERVIEW mit DI Barbara Studeny ..... 10

## Global Marshall Plan

Stellungnahme zu dem AGEZ-Positionspapier zum Global Marshall Plan; Franz Josef Radermacher (Global Marshall Plan) ..... 11

## Diskurs Spendenabsetzbarkeit

Intro ..... 14

Ein österreichisches Modell der Spendenabsetzbarkeit; Mag. Dieter Hernegger (IÖGV) ..... 14

„Win Win - Situation“ bei steuerlicher Spendenabsetzbarkeit DI ROMAN H. MESICEK (Initiative "CSR Austria") ..... 16

Spenden endlich honorieren! Othmar Karas (Präsident des Hilfswerks) ..... 18

Zur Frage der steuerlichen Absetzbarkeit von Spenden Dr. Christoph Matznetter (Budget- u. Finanzsprecher der SPÖ) .. 19

## Asien

Entschuldung und Entwicklungsfinanzierung; Weihbischof Dr. Ludwig Schwarz SDB, Heinz Hödl, Hilde Wipfel (KOO) ..... 20

2005 – Wendepunkt bei der Bekämpfung der weltweiten Armut? AGEZ ..... 21

Bericht über den Einsatz Sri Lanka Dez. 2004; Cachée Philipp .. 23

## Theater

EIS – oder ein neuer Name für das politische Theater in Wien ... 24

## Vermischte Meldungen ..... 25-26

## Veranstaltungen ..... 27

## Abo ..... 28

Der Glocalist hat sein neues Büro bezogen:

1030 Wien,  
Barmherzigengasse  
17/6/1

Bitte Zusendungen nur mehr an diese Adresse.

## VORSCHAU

Schwerpunktthema:

Konferenz Dialog

### Impressum

Glocalist Review : Digitale Wochenzeitschrift für NGO&NPO-Management, Politik, Ökonomie und Kultur; Gegr. 2003

Medieninhaber und Verleger: „arbeitsraum-philosophie“ agentur für analoge & digitale kommunikationswirtschaft GmbH

Herausgeber: Dr. Christian Neugebauer  
Redaktion: A-1030 Wien, Barmherzigeng. 17/6/1; oder per Mail an [redaktion@glocalist-review.com](mailto:redaktion@glocalist-review.com)

### Anzeigenverwaltung:

0699/11 88 16 43  
[anzeigenleitung@glocalist-review.com](mailto:anzeigenleitung@glocalist-review.com)

### Abo-Service:

[office@glocalist-review.com](mailto:office@glocalist-review.com)  
<http://www.glocalist-review.com/abonnement.php>  
Bezugsabmeldung nur zum Ende des vereinbarten Zeitraumes mit sechswöchiger Kündigungsfrist.

### Internet:

[www.glocalist-review.com](http://www.glocalist-review.com)

### Mail:

[office@glocalist-review.com](mailto:office@glocalist-review.com)  
Bankverbindung: BLZ 20111  
Kto: 28262341100

Für unverlangt eingesandte Manuskripte und LeserInnenbriefe wird keine Haftung und Gewährleistung übernommen. Der Herausgeber und die Redaktion behalten sich eventuelle Kürzungen vor. Namentlich gekennzeichnete Beiträge drücken nicht unbedingt die Meinung des Herausgebers und der Redaktion aus und für diese Beiträge und ihren Wahrheitsgehalt haften ausschließlich die AutorInnen.

# Der Verein VIBE!AT

**D**er Verein für Internet-Benutzer Österreichs (<http://www.vibe.at/>) wurde 1999 gegründet, um die Interessen der Benutzer gegenüber Behörden, Internet-Service-Providern und anderen Organisationen zu vertreten. VIBE!AT hat sich zur Aufgabe gemacht, zu einem mündigen, verantwortungsvollen und selbst bestimmten Umgang mit dem Medium Internet zu ermuntern. Gleichzeitig will er ein öffentliches Bewusstsein schaffen, das jegliche Versuche, diese Freiheiten übermäßig zu beschränken, erkennt und verurteilt. Ein aktives Vorgehen gegen derartige Versuche ist für VIBE!AT daher selbstverständlich.

VIBE!AT ist unter anderem Tagungsteilnehmer des österreichischen Internetbeirats; ein Gründungsmitglied von VIBE!AT hat als Vertreter der Internetbenutzer einen Sitz im 7-köpfigen Domainbeirat. Das Internet als "internationales Medium" erfordert aber auch Zusammenarbeit über Staatsgrenzen hinweg. Daher ist VIBE!AT in internationale Organisationen eingebunden: als Mitglied im weltweiten Dachverband Global Internet Liberty Campaign (GILC) und Gründungsmitglied von European Digital Rights (EDRI) für die auch der Kassier gestellt wird. Vertreter von VIBE!AT nahmen an Vorbereitungssitzungen für den "World Summit on the Information Society" teil.

## Ziele

### VIBE!AT setzt sich ein

- für eine Zusammenarbeit von Behörden, Interessensvertretungen, Wirtschaft und Privatpersonen mit dem Ziel, die intensive und freie Nutzung des Internet zu fördern
- für die Förderung der Verbreitung und des Einsatzes von Verschlüsselung und elektronischen Unterschriften (Signaturen) zum Schutz und zur Sicherheit des privaten und geschäftlichen Nachrichtenaustausches ohne Zwang zur Schlüssel hinterlegung bei staatlichen Stellen oder Dritten und ohne Einschränkung der Eigenschaften von Verschlüsselungssystemen
- für gesetzliche Regelungen gegen den Netzmisbrauch (z.B. Belästigung durch unverlangte Werbezusendungen - Spam)

- für den Schutz der Privatsphäre: eMail und jede andere nicht öffentliche Kommunikation im Internet soll als vertraulich gelten und den gleichen Schutz genießen, wie schon jetzt Briefe und Telefonate
- für freien Meinungs austausch und freie Meinungsäußerung im Internet sowie Schutz dieser Freiheit zumindest im Ausmaß von konventionellen Medien (wie Zeitung, Rundfunk)
- für gesetzliche Regelungen, welche lediglich einem unabhängigen Gericht Eingriffe in den Schutz der freien Meinungsäußerung und der Privatsphäre erlauben
- für die nachdrückliche Forderung, dass die freie elektronische Meinungsäußerung nicht durch indirekte Maßnahmen wie staatliche oder private Regulative von Hard- und Software, der Telekommunikations-Infrastruktur oder anderer wesentlicher Komponenten des Internet eingeschränkt werden darf
- für gesetzliche Regelungen, welche bei der Verantwortung für Inhalte deutlich zwischen inhaltlich Verantwortlichen ("content providers") und bloßen Netzbetreibern ("service providers") unterscheiden
- für die Anerkennung des Internet als Medium und eigene gesetzliche Regelungen, wo die bestehenden Gesetze nicht ausreichen, um die Besonderheiten des Internet zu berücksichtigen

### Info per Mailinglisten

- announce: Hier erscheinen die offiziellen Mitteilungen und Stellungnahmen in unregelmäßigen Abständen; zugänglich unabhängig von Mitgliedschaft.
- internetz: Hier wird über aktuelle Ereignisse und Probleme im Internet diskutiert; zugänglich unabhängig von Mitgliedschaft
- members: Hier können Mitglieder sich an den internen Diskussionen beteiligen und sich über alle Aktivitäten informieren. Diese Liste dient unter anderem dazu, Stellungnahmen und Aktionen durchzudiskutieren und zu einer gemeinsamen Lösung / Aussage zu kommen.

### Einige Aktionen

- Big Brother Awards: VIBE!AT gehört zu den Veranstaltern der österreichischen "Big Brother Awards", die heuer bereits zum 6. Mal an Personen, Behörden und Firmen verliehen werden, die sich besonders "verdient" gemacht haben um Verletzungen der Privatsphäre und Überwachung. >> <http://www.bigbrotherawards.at/>
- Fragen zur Politik für die Informationsgesellschaft: Um den Internet-Nutzern und allen an den Fragestellungen der Informationsgesellschaft interessierten eine Entscheidungshilfe für die Nationalratswahlen zu bieten, stellte VIBE!AT per eMail 9 Fragen zu diesen Themenbereichen an die SpitzenkandidatInnen der sieben kandidierenden Parteien gestellt. Die Antworten bzw. Nicht-Antworten wurden im Netz dokumentiert. >> [http://www.vibe.at/aktionen/200210/neun\\_fragen.html](http://www.vibe.at/aktionen/200210/neun_fragen.html)
- Kostenlose Domain für private Internetnutzer (priv.at): Die Verwaltung der Domain für private Internetnutzer (priv.at) wurde an die Internet-Gemeinschaft übergeben. Als Trägerorganisation fungiert VIBE!AT. Das Ziel dieser Übergabe ist es, priv.at auch längerfristig als freies und für die Benutzer kostenloses Service zu erhalten, ganz im Sinne der ursprünglichen Intention >> <http://www.nic.priv.at/>
- "Weitersurfen bitte - hier gibt es nichts zu sehen!": VIBE!AT untersuchte, wie sehr die Homepages der öffentlichen Hand die Grundvoraussetzungen für eine Benutzung durch alle Bürgerinnen und Bürger erfüllen. Hierbei wurde vor allem auf die Bedürfnisse blinder und sehbehinderter Menschen sowie auf sicherheitsbewusste Browsereinstellungen (z.B. ohne JavaScript) Rücksicht genommen. >> <http://www.vibe.at/aktionen/200202/access.html>

---

### Kontakt:

<http://www.vibe.at/kontakt.html>

Bei Bedarf  
klicken: >>

"arbeitsraum-  
philosophie"  
[www.arbeitsraum.at](http://www.arbeitsraum.at)

# Community TV – wann kommst du ?

Von Martin Luksan (Obmann der „Plattform Offener Kanal Wien“)

Die Plattform OK Wien als Vereinigung von Gruppen, die das Community TV nutzen wollen, war enttäuscht, dass nicht sie, sondern eine Handvoll Promis beauftragt wurde, den Sender zu bestellen und zu kontrollieren. Zum Beispiel der Arbeitskreis Offene Kanäle Österreich, der seit 2002 für die Einführung dieses Fernsehens trommelte, durfte keinen einzigen Vertreter in den Herausgeberverein (HGV) entsenden. Es durften nur Personen aus dem Relevanz-Bereich der Politiker vorkommen.

Die Plattform hat nun ihre Enttäuschung durch praktische Arbeit überwunden und sich in zwölf Drehtage gestürzt, um verschiedene Veranstaltungen ihrer Mitglieder aufzuzeichnen. Das sind einstweilen nur kurze Beiträge, die aber durch zusätzliche Aufnahmen leicht erweitert werden können.

Die Kommunikation zwischen der Plattform und dem HGV hat durch den völlig überlasteten Professor Bauer gelitten, doch hat Frau Dr. Astrid Zimmermann die Erwidlungsfähigkeit der Herausgeber wieder hergestellt.

Am 25. November 2004 wurden dann die beiden Leiter des Community TV in einer Pressekonferenz der Öffentlichkeit vorgestellt. Damit war - mehr noch als bei der Auswahl der Herausgeber durch einen sehr kleinen Kreis - eine zweite Ungewöhnlichkeit statuiert. Derselbe Verein, für den Christian Jungwirth ein Dreiviertel Jahr gratis tätig war, bestellte ihn nun als Kaufmännischen Leiter des neuen Senders. Zum Zeitpunkt der Bewerbung war Jungwirth zwar kein Mitglied des HGV-Vorstandes mehr, aber man muss nicht annehmen, dass er für seine ehemaligen Kolleginnen und Kollegen im Vorstand genauso fern und unbeschrieben war wie die anderen Bewerber für diese Funktion.

Die Plattform hat diese Vorgangsweise in einer APA-Aussendung „unkorrekt“ genannt, aber nicht weiter kritisiert. Denn andererseits war auch jemand mit Manager-Qualitäten und Branche Wien-Kenntnissen zu finden, der diesen nicht rasend gut dotierten Job anständig macht. Warum sollte das ausgerechnet Magister Jungwirth nicht sein ?

Magistra Eppensteiner und Magister Jungwirth waren sofort zu einem Sondierungsgespräch bereit, das am 7. Jänner in konstruktiver Form in der Zieglergasse stattfand. Bei dem Gespräch entstand jedoch der Eindruck, als ob der Sendebeginn für dieses ohnehin verzögerte Projekt keine Rolle spielt. Vielleicht ist es der September 2005. Vielleicht auch nicht. Jedenfalls ist es der Herbst. Aber der Herbst dauert bis 21. Dezember. Usw.

Nun wird der ersehnte Sender im Einzugsbereich der U 3 in Penzing beginnen (wenn nicht wieder was dazwischen kommt) und die Stadt Wien, der von der Bundesregierung ungute Sparmaßnahmen abgepresst werden, muss die möglichen Filialen dieses Senders in schon vorhandenen Standorten unterbringen (Zieglergasse, Skodagasse etc.). Sie wird sich zumindest in der nächsten Zeit keinen neuen Standort leisten, obwohl unser Wort vom „Medienkompetenz-Zentrum“, das eine Anlaufstelle für die Videofilmer eines Bezirkes, aber auch eine Filiale des Offenen Fernsehens sein sollte, 2004 noch in mancher Munde war.

## ***Dazu ist noch Folgendes zu sagen:***

Wenn man schon bei diesem Projekt auf Synergie-Effekte verzichtet, sollte man sich sehr auf die Verwirklichung eines anschaulichen Programmes konzentrieren, Ferner sollte man die Organisation der Programm-Gewinnung pragmatisch entstehen lassen. Und schließlich sollte man den freien Zugang zu diesem Fernsehen unbedingt gewährleisten (was zum Beispiel eine Vermietung der Geräte an die Nutzer ausschließt).

# Vortragsreihe des OeNWE - Österreichisches Netzwerk Wirtschaftsethik

## Veranstaltungen 1. Halbjahr 2005

Ort: Industriellenvereinigung 1031 Wien, Schwarzenbergplatz 4  
Zeit: 18.30 Uhr (**pünktlich**) bis 20.30 Uhr  
Form: 20-minütiges Impulsreferat mit anschließender Diskussion  
Moderation & Konzeption: Dr. Eugen-Maria Schulak (Mitglied Ethik-Beirat des OeNWE)

**1. Februar** **Dr. Eugen-Maria Schulak**  
(Philosophische Praxis und Leiter Philosophiedepartment Siemens-Forum)  
***Ethik, Moral & Gesetz***

---

**1. März** **Dr. Christian Neugebauer**  
(Geschäftsführer arbeitsraum-philosophie GmbH und Herausgeber Glocalist Review)  
***Wozu Ethik in der Wirtschaft?***

---

**5. April** **MBA Georg Greutter**  
(Geschäftsführer Huckster-Consulting und Obmann OeNWE)  
***Ethik und Verbindlichkeit in der Wirtschaft***

---

**3. Mai** **Andreas Reinisch**  
(Aufsichtsratsvorsitzender HumansWorld AG)  
***Ethik des Seins. Was treibt uns!? Der Monolog im Dialog...***

---

**7. Juni** **Dr. Herbert Unterköfler**  
(Managing Partner Korn/Ferry)  
***Konsumentenverhalten und Wirtschaftsethik***

---

**5. Juli** **Univ.Doz. Dr. Manfred Füllsack**  
(Autor des Buches „Leben ohne zu arbeiten“)  
***Leben ohne zu arbeiten?***

---

Die Teilnahme an den Veranstaltungen sind kostenlos. Um Anmeldung wir gebeten: [info@oenwe.com](mailto:info@oenwe.com)

Österreichisches Netzwerk Wirtschaftsethik, Gentzgasse 121/2, A-1180 Wien, Österreich  
Tel: +43 (1) 479 978 4, Fax: +43 (1) 479 978 4

# Nachhaltiges Wirtschaften rechnet sich

Von Dr. Martha Oberndorfer (CFA Kommunalkredit Dexia Asset Management AG)

Die Neuauflage der 2003 von Kommunalkredit Dexia Asset Management AG durchgeführten Studie „Nachhaltiges Wirtschaften rechnet sich – Sustainability pays off“ mit den Daten aus dem Jahr 2004 bestätigt, dass Mitgliedsfirmen des World Business Council for Sustainable Development (WBCSD) hohes Investorenvertrauen genießen. Die Studie beleuchtet die Kursentwicklung von 141 börselisteten WBCSD Firmen weltweit. Das Resultat ist eine klare Outperformance eines gleichgewichteten Portfolios dieser Firmen in Relation zu den geographischen Benchmark-Indizes. Je länger der Beobachtungszeitraum, umso deutlicher ist das bessere Abschneiden der WBCSD Mitgliedsunternehmen. Unter nachhaltiger Entwicklung versteht man eine Form des Fortschritts, die den Bedürfnissen der Gegenwart entspricht, ohne dabei Entscheidungen zu treffen, die möglicherweise zukünftige Generationen davon abhalten könnten, ihren eigenen Bedürfnissen in ökologischer, sozialer und menschlicher Hinsicht nachzugehen. Das aktive Bemühen um eine nachhaltige Entwicklung lässt Unternehmen wettbewerbsfähiger, schockresistenter und flexibler in einer sich rasch ändernden Umwelt werden und steigert deren Beliebtheit unter Kunden und hochqualifizierten Arbeitnehmern. Auch für die Beziehungen mit Behörden, Banken, Versicherern und Finanzmärkten wirkt es durchaus förderlich.

Die vorliegende Studie zeigt, dass ungeachtet des Produktions- und Absatzstandortes einzelner Unternehmen dasselbe Bild deutlich wird: nachhaltig wirtschaftende Firmen setzen sich in der Regel in allen Marktsegmenten gegen den jeweiligen Benchmarkindex durch. Anzumerken ist, dass der Vorsprung nachhaltiger Titel sich mit fortschreitender Dauer des Beobachtungszeitraumes ten-

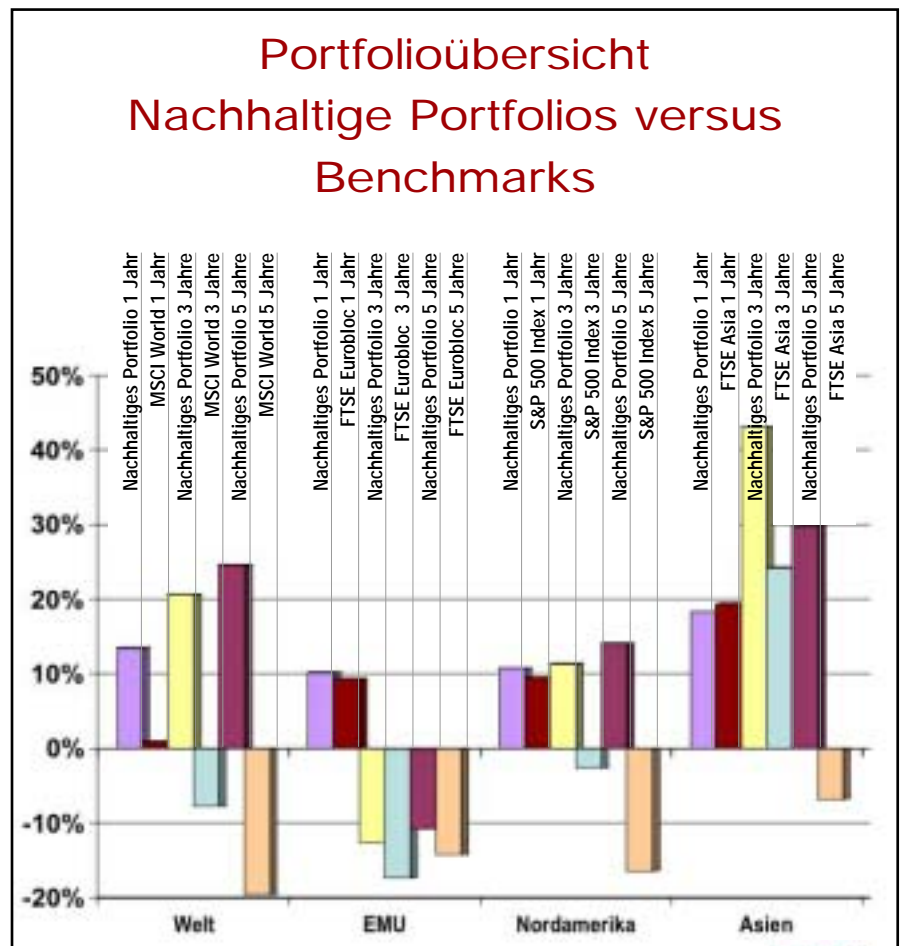
denziell ausweitet bzw. sich zum Teil sogar potenziert. Die Ergebnisse bestätigen, wie bereits im Vorjahr, die Outperformance nachhaltig wirtschaftender Unternehmen im Vergleich zum Gesamtmarkt. Eine Übergewichtung von Sustainability-Werten in Wertpapierportfolios liefert nicht nur ein Bewusstsein, dass mit den eingesetzten Mitteln sinnvoll und ohne Komprimierung der Bedürfnisse zukünftiger Generationen gewirtschaftet wird, sondern auch berechtigte Chancen auf eine überdurchschnittliche Wertentwicklung.



DR. MARTHA OBERNDORFER

## Webtipp:

Download der Studie 2004 „Nachhaltiges Wirtschaften rechnet sich“ unter: [http://www.kdam.at/de/SustainableDevelopment\\_04\\_deutsch.pdf](http://www.kdam.at/de/SustainableDevelopment_04_deutsch.pdf)





Mit 15.12.2004 ist die neue Geschäftsführung von FAIRTRADE ÖSTERREICH – DI Barbara Studeny – vom Vorstand FAIRTRADE ÖSTERREICH bestellt

worden. Grund genug für uns FAIRTRADE ÖSTERREICH und die neue Geschäftsführerin in einem Interview und Kurzportrait zu vorzustellen.

# FAIRTRADE als wirkungsvolle Entwicklungszusammenarbeit mit dem Einkaufskorb

Von Veronika Ploster (FAIRTRADE ÖSTERREICH)

**K**ann ich mit einem bewussten Konsumverhalten etwas bewirken? Die klare Antwort darauf ist Ja! Mit einer bewussten Kaufentscheidung für ein Produkt mit dem FAIRTRADE Gütezeichen leisten immer mehr KonsumentInnen einen persönlichen, aktiven Beitrag für eine faire Welt.

## Wer ist FAIRTRADE?

FAIRTRADE wurde 1993 in Österreich nach internationalen Vorbildern mit dem Ziel gegründet, FAIRTRADE besiegelte Produkte auch im Supermarkt für den täglichen Einkauf verfügbar zu machen. FAIRTRADE ist eine gemeinnützige Initiative, getragen von einer breiten, überparteilichen Öffentlichkeit. Dazu gehören 28 Organisationen aus den Bereichen Entwicklungspolitik, Kirche, Ökologie und Soziales.

## Was macht FAIRTRADE?

FAIRTRADE zertifiziert fair gehandelte Produkte mit dem FAIRTRADE Gütesiegel. Zu den Aufgaben von FAIRTRADE gehören die Gewinnung von Partnerunternehmen aus der Markenartikelindustrie, Ausweitung der Distribution durch Neulistungen in Supermärkten, Gewinnung neuer KonsumentInnen sowie Öffentlichkeitsarbeit und Erweiterung des Produktsortiments.

## Was bringt das FAIRTRADE System?

Das FAIRTRADE System garantiert den ProduzentInnen aus den Ländern des Südens faire Preise durch direkten Marktzugang und durch den Aufbau langfristiger Handelsbeziehungen. Mit Preisen deutlich über dem Weltmarktniveau und durch zusätzliche Aufschläge für die Umstellung auf biologischen Anbau und für Sozialprojekte sind die Kleinbauernfamilien in der Lage, ihre Lebenssituation dauerhaft und eigenverantwortlich zu verbessern. Durch traditionelle und naturnahe Anbaumethoden wird ein wertvoller Beitrag zur Erhaltung natürlicher Ressourcen geleistet. Den KonsumentInnen garantiert das FAIRTRADE Siegel exzellente Qualität, kontrollierte Herkunft, naturnahe, ressourcenschonende Produktion und den Ausschluss von Kinderarbeit. FAIRTRADE verbindet Genuss mit dem guten Gefühl, einen Beitrag zu leisten.

## Was sind die FAIRTRADE Kriterien?

FLO (FAIRTRADE Labelling Organizations) hat Kriterien für KleinproduzentInnen als auch für PlantagenarbeiterInnen entwickelt. Die Ausweitung auf PlantagenarbeiterInnen wurde mit der Ausweitung auf weitere Produkte notwendig, da insbesondere Bananen oder Tee fast ausschließlich auf Plantagen angebaut werden. Kriterien existieren für jedes Produkt und beinhalten im Wesentlichen soziale,



DI BARBARA STUDENY -  
NEUE GESCHÄFTSFÜHRERIN  
FAIR TRADE

## KURZPORTRÄT:

Geboren am 3.8.1971  
Was hast Du vor FAIRTRADE gemacht: Projektkoordinatorin bei GLOBAL 2000  
Was machst Du in Deiner Freizeit am liebsten: Zeit mit meinem Freund verbringen, Freunde treffen, Sport und fair verreisen.  
Was bewunderst Du am meisten: Wer sich selber in jeder Situation treu bleibt, Verantwortung übernimmt und die Hoffnung nie verliert.  
Dein größter Fehler: Ungeduld und Selbstzweifel  
Dein Lebensmotto: Sei wer du bist und genieße dein Leben!  
Was möchtest DU noch sagen: Ich freue mich sehr auf meine neue Aufgabe und werde meine Kraft und positive Energie für FAIRTRADE einsetzen!!





Weitere FAIRTRADE Produkte: Bananen, Kakao, Fruchtsaft, Honig, Rohrzucker, Schokolade, Tee, Reis, Orangensaft



ökologische und ökonomische Mindeststandards:

- direkter Handel mit den Produzentengruppen unter Ausschluss von Zwischenhändlern,
- Ursprungsgarantie und kontrollierter Warenfluss nach Europa,
- Zahlung über dem Weltmarktniveau festgelegter Mindestpreise,
- Zahlung von FAIRTRADE Prämien für soziale Projekte (Schulen, Trinkwasseraufbereitung, Infrastruktur, etc.),
- langfristige Handelsbeziehungen und Vorfinanzierung,
- Zahlung einer zusätzlichen Prämie für biologisch kontrollierten Anbau,
- Arbeitsrechtliche Mindeststandards sowie Verbot von Kinderarbeit und Zwangsarbeit
- Nachhaltige und umweltschonende Wirtschaftsweise.

**Welche Produkte mit dem FAIRTRADE Gütezeichen gibt es bereits in Österreich?**

Kaffee – Tee – Kakao – Orangensaft – Schokolade – Honig – Bonbons – Bananen – Rohrzucker – Fruchtsäfte – Reis – Fußball

**Wo sind FAIRTRADE Produkte erhältlich?**

FAIRTRADE besiegelte Produkte sind österreichweit in über 3.500 Geschäften, den Weltläden, Bio-Fachgeschäften und Supermärkten erhältlich (Einkaufsführer <http://www.fairtrade.at> ).

***FAIRTRADE heißt Gutes genießen mit gutem Gewissen. So fair- so gut!***



BANANEN ERNTE



# INTERVIEW mit DI Barbara Studeny

**Frage:** Du bist seit 15.12. neue Geschäftsführerin von FAIRTRADE Österreich und hast damit Leon Lenhart abgelöst. Warum hast Du beschlossen Dich dieser schwierigen Aufgabe zu stellen?

**Barbara Studeny:** Mich fasziniert die Aufgabe, eine soziale Idee wirtschaftlich voranzutreiben - ich glaube, dass für FAIRTRADE noch viel möglich ist und FAIRTRADE Vorbildwirkung für viele haben wird, was in unserer Gesellschaft - wo die Wirtschaft einen erheblichen Einfluss besitzt - von enormer Bedeutung ist. Es macht mir persönlich eine große Freude, mich beruflich für etwas einzusetzen, woran ich auch mit dem Herzen glauben kann!

**Frage:** Welche kurz- mittel- und langfristigen Ziele willst Du mit FAIRTRADE erreichen?

**Barbara Studeny:** Langfristig wäre es mir ein Anliegen, die Etablierung von FAIRTRADE am Markt so weit gesteigert zu haben, dass aufgrund der größeren Mengen eine Reduktion des Endverkaufspreises möglich ist - die fixen Produktionspreise für ErzeugerInnen wären dabei natürlich unangetastet. Mittelfristig würde ich unter anderem gerne neue Handelsbeziehungen mit etablierten Marken, wie von bspw. Kaffee und Schokolade eingehen. Mit einer ganzen oder teilweisen Umstellung auf FAIRTRADE wäre bei großen Abnehmern von Produkten aus den so genannten Entwicklungsländern mit einem Schlag viel für die Menschen vor Ort erreicht - natürlich könnte so auch die Bekanntheit von FAIRTRADE noch mehr gesteigert werden. Auch das Einführen von neuen Produkten möchte ich mit hoher Priorität behandeln. Und kurzfristig, also für das nächste halbe Jahr habe ich mir vorgenommen, mir viel Zeit mit den Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter von FAIRTRADE zu nehmen und möglichst schnell in meine neue Aufgabe als Geschäftsführerin hineinzuwachen.

**Frage:** Was wirst Du ändern?

**Barbara Studeny:** Ich glaube, durch eine Änderung in der Geschäftsführung ändert sich auch immer automatisch vieles in der Organisation mit. Jeder Mensch hat eine andere Persönlichkeit, Eigenheiten, Stärken und

Schwächen. Ich bin noch zu kurz dabei, um sagen zu können, was ich bewußt ändern möchte, auch bin ich der Meinung, dass Leon Lenhart einen sehr guten Job gemacht hat.

**Frage:** Wie siehst Du dzt. die Frage BILLA?

**Barbara Studeny:** Wir freuen uns, dass Billa nun letztendlich doch zwei Produkte mit FAIRTRADE Gütesiegel (Pfanner Orangensaft und EZA Orgánico Kaffee) in ihr Sortiment aufgenommen hat! Das war ein erster Schritt in die richtige Richtung! Allerdings müssen wir derzeit KonsumentInnen immer noch empfehlen, keinen Ja! Natürlich Kaffee oder Orangensaft aus den so genannten Entwicklungsländern zu kaufen, wenn diese durch unabhängige Kontrollen sichergehen wollen, dass bei der Produktion Mensch und Natur nicht ausgebeutet werden. Denn Billa, im Gegensatz zum wichtigsten Mitbewerber in Österreich SPAR, geht einen eigenen Weg und verzichtet bewusst auf die Zusammenarbeit mit den international anerkannten Kontrolleuren von FAIRTRADE, die die Einhaltung von sozialen Mindeststandards garantieren können. FAIRTRADE ist das international anerkannte System für fairen Handel (Resolution im Parlament, Beschluss in der EU-Kommission, Internationaler Preis für Entwicklung, uvm.) und ist einer der größten weltweiten sozialen Zertifizierungsorganisationen, die eng mit internationalen Institutionen zusammenarbeiten. Wir entwickeln laufend neue Produkte, und kontrollieren, ob soziale und ökologische Kriterien eingehalten werden. Wir werden auch künftig offen für eine Zusammenarbeit mit Billa sein."

**Frage:** Zum Schluss: Wie fühlst Du Dich in Deiner neuen Aufgabe?

**Barbara Studeny:** Am Anfang fühle ich mich noch natürlich etwas unsicher, die Aufgaben sind sehr vielseitig. Aber ich bin ein Mensch, der Herausforderungen mag und somit fühle ich mich sehr wohl dabei, freue mich allerdings auch schon auf die Zeit, wo mir meine neue Aufgabe mehr in Fleisch und Blut übergegangen sein wird.

**Herzlichen Dank für das Gespräch und Viel Erfolg!** ■

# Stellungnahme zu dem AGEZ- Positionspapier zum Global Marshall Plan

Von Franz Josef Radermacher (Global Marshall Plan)

Von Seiten der Global Marshall Plan Initiative freuen wir uns über das AGEZ-Positionspapier zum Thema Global Marshall Plan. Es zeigt eine große inhaltliche Übereinstimmung zum Anliegen der Global Marshall Plan Initiative. Bei den als negativ bezeichneten Aspekten handelt es sich in der Regel um Punkte, die im Rahmen von Diskussionen leicht ausgeräumt werden können. Es geht in der Regel mehr um Sprache und die Interpretation von Sprache bzw. um das, was mit einzelnen Punkten gemeint ist. Einige Hinweise hierzu werden nachfolgend aufgeführt.

## 1. Als fraglich eingestufte Aspekte des GMP-Konzepts

Aus unserer Sicht ist das Konzept nicht europa-dominiert. Vielmehr ist Europa der Ort, an dem die Aktivitäten gestartet wurden. Wir sind der Meinung, dass es sehr hilfreich wäre, wenn ein großer starker weltökonomischer Block wie Europa sich aktiv für Elemente wie Co-Finanzierung weltweiter Entwicklung einsetzen würde und dabei auf die eigenen Erfahrungen mit den EU-Erweiterungsprozessen und der Idee einer Ökosozialen Marktwirtschaft aufbauen kann.

Unser Vorschlag ist ansonsten, dass Europa in der Wahrnehmung dieser Führungsrolle ein entsprechendes Gremium beauftragt, einen solchen Plan auszuarbeiten. In dieses Gremium sollen Vertreter von Nord und Süd zusammenarbeiten. Angestrebt wird ein globaler Vertrag im Sinne eines Planetary Contract, den die beteiligten Staaten des Nordens und des Südens unterschreiben müssen, ähnlich wie das bei EU-Erweiterungsprozessen der Fall ist. Diese Verträge sind auf gleicher Augen-

höhe zu schließen. Die reichen wie die armen Länder bringen in diesen Prozess ihre Interessen ein und suchen einen Konsens auf freiwilliger Basis zum gemeinsamen Vorteil. Ganz bewusst ist jeder Dominanzaspekt an dieser Stelle eliminiert.

Dass wir vorsichtig sind in Bezug auf die Verschuldungsthematik hängt damit zusammen, dass Entschuldung in der Regel insbesondere bedeutet, dass Geldgeber im Norden, die bestimmte Kredite vielleicht nie hätten vergeben sollen, nun ihre Gelder voll zurück erhalten und gleichzeitig ein Potential geschaffen wird, dass Eliten im Süden erneut zu Lasten ihrer Bevölkerung Schulden machen für Projekte, die man vernünftigerweise nicht machen sollte. Wir wollen sicherstellen, dass das neue Geld in tatsächliche Entwicklung umgesetzt wird, wobei sich das Entschuldungsthema dann in diesem Kontext lösen lässt.

Die Veränderungen von Politiken in WTO, Weltbank, Währungsfond usw. ist über Mehrheiten in den entsprechenden Gremien zu erreichen. Die Blockade hinsichtlich der Einbindung bestimmter Standards (wie ILO- oder UNEP-Standards) in dem Rahmen der WTO geht heute in der Regel von ärmeren Ländern aus. Das Angebot von Co-Finanzierung soll die Chance eröffnen, unter dem Konsensmodus der WTO ILO- und andere Standards im Rahmen des Welthandels verbindlich zu machen. Wir denken im Moment sogar daran, über die WTO zu versuchen, nach Abschluss des Kyoto-Vertrags über das Verhängen von Strafzöllen gegen entsprechende US-Produkte materiell das zu erreichen, was die USA bisher durch Nicht-Beitritt zum Kyoto-Vertrag zu verhindern suchen.



FRANZ JOSEF RADERMACHER

Damit wird aber nicht die Dominanz der WTO fortgeschrieben, vielmehr wird die WTO in ein System weiterer Regeln eingebunden. In dem Grundsatztext (Prof. Dr. Dr. Franz Josef Radermacher/Global Marshall Plan/A Planetary Contract) zum Thema ist diese Wechselwirkung genau beschrieben und insbesondere auch dargestellt, dass wir oberhalb von WTO, ILO, UNEP usw. eine neue Rechtsinstanz brauchen, die die Wechselwirkung der verschiedenen Regime letztverantwortlich entscheiden muss.

Hinsichtlich der als negativ bezeichneten Aspekte des Konzepts ist in unseren Grundsatzdokumenten ausdrücklich festgehalten, dass wir Modifikationen in der WTO für notwendig erachten, die es Entwicklungsländern erlauben, sich nicht sofort dem Freimarkt zu öffnen. Und insofern, als wir auf Wirtschaftswachstum setzen, geht es nur um ein mit Nachhaltigkeit kompatibles Wirtschaftswachstum im Kontext eines doppelten Faktor 10. Das bedeutet, dass jedes weitere Wachstum durch eine entsprechend höhere Ökoeffizienz ausgeglichen werden muss. Dies würde in Verbindung mit dem erwarteten Rückgang der Weltbevölkerung bei Durchsetzung einer weltweiten Ökosozialen Marktwirtschaft ab etwa 2040 die Basis für eine langfristig nachhaltige Entwicklung darstellen. Ein entscheidender Punkt hierbei ist die erforderliche Inkorporierung der tatsächlichen ökologischen Knappheiten und sozialen Anliegen in weltweite Preisstrukturen, ein Hauptanliegen der GMP-Initiative. Über entsprechende Rahmenbedingungen und damit Preisstrukturen, die zum einen für knappe Umweltgüter die richtigen (hohen) Preise weltweit durchsetzen und zum anderen einen weltweiten sozialen Ausgleich co-finanzieren, werden Rahmenbedingungen für das Wirtschaftswachstum wie das ökonomische Verhalten gesetzt, die mit Nachhaltigkeit verträglich sind. Natürlich wird das über die Zeit dramatische Veränderungen in den Lebensstilen, insbesondere auch der reichen Welt zur Folge haben. Wir sind dann zwar reicher

(Wirtschaftswachstum), können aber uns vieles nicht mehr erlauben, was heute möglich ist, z. B. relativ preiswert um den Globus fliegen. Dafür werden wir manche Dinge, die wir uns heute nicht erlauben können, dann erlauben können, z. B. den Erwerb bestimmter ästhetischer oder kreativer Produkte, die ganz auf uns persönlich zugeschnitten sind. So etwas ist heute gar nicht bezahlbar.

Die Genderproblematik ist in der Anlage des Global Marshall Plan durchgängig beachtet. Praktisch alle Maßnahmen, die wir vorschlagen und alle Konventionen, auf die wir uns beziehen, beinhalten aus gutem Grunde eine massive Stärkung der Situation der Frauen. Wir haben das auch an einzelnen Stellen in unseren Texten erwähnt. Dennoch ist das Genderthema nicht der Hauptfokus der Initiative. Zwar trifft Armut die Frauen mehr als Männer, aber sie trifft Kinder noch mehr als Frauen. Und in den armen Ländern sind die Männer trotz allem arm – vor allem im Verhältnis zu uns. Wir konzentrieren uns daher auf die Verteilungsfragen, d. h. auf die Beziehung zwischen denen, die sehr viel haben (wir im Norden, Männer wie Frauen) und denen, die extrem wenig haben. Wir müssen das grundsätzliche Verteilungsproblem zwischen den 80 % Armen und den 20 % Reichen angehen und dieses dominiert in der Arbeit der Initiative Global Marshall Plan.

Was die Initiative ablehnt ist, dass der Süden gegen Finanzierungshilfen zu irgend etwas gezwungen wird. Vielmehr greifen wir auf, was Führer des Südens vorschlagen, nämlich das Angebot der Implementation gemeinsamer Standards, die sie selber für sinnvoll halten, die aber nur möglich ist, wenn eine entsprechende Co-Finanzierung geleistet wird. Dies ist übrigens nicht anders als die entsprechenden Verhältnisse in der Europäischen Union oder in Deutschland oder Österreich im Rahmen eines Länderfinanzausgleichs.

Es handelt sich dabei um Verträge auf gleicher Augenhöhe zwischen Partnern,

die beide zum gemeinsamen Vorteil einbringen und umgekehrt auch Europa. Solche Verträge sind zwischen den Partnern auszuhandeln und Gremien, die einzusetzen wir vorschlagen, sollen dieses vorbereiten. Wir sehen für uns nur die Rolle mitzuhelfen, dass ein solcher Prozess entsteht. Selbst in dieser frühen Phase haben wir uns bemüht, Partner aus dem Süden einzubeziehen und das geschieht auch über beteiligte Organisationen wie Club of Rome, Club of Budapest oder dem Global Society Dialogue. In vielen unserer konkreten Arbeitsprozessen war es aber schon aus simplen Kostengründen nicht möglich, Personen aus aller Welt einzubinden, die wir gerne einbinden würden. Als ein NGO mit sehr begrenzter Finanzierungsbasis sind wir froh, mit unseren wenigen Mitteln das zu tun, was wir im Moment tun. Wir bitten um Hilfe und freuen uns, wenn andere beitragen. Wenn diese Anderen internationale Partner einbinden können, freuen wir uns um so mehr. Ansonsten sind wir nur Wegbereiter. Wir sehen uns nur als Wegbereiter für Gremien, in denen Nord und Süd angemessen vertreten sind und auch die Finanzierung sichergestellt ist, dass sich alle Beteiligten gleichermaßen einbringen können. Zusammengefasst: Wir danken für die wertvollen Hinweise von der AGEZ zur Ergänzung bzw. Überarbeitung der Konzepte des GMP. Es wäre schön, wenn einmal eine Chance bestünde, mit Vertretern von AGEZ und Nullkommaseiben-Kampagne vertieft an den gemeinsam interessierenden Themen zu arbeiten. ■

**Prof. DDr. Franz Josef Radermacher  
geb. 1950. Promovierter  
Mathematiker und Wirtschafts-wissenschaftler, Habilitation in  
Mathematik**

**Seit 1987 Leiter des  
Forschungsinstituts für anwen-  
dungsorientierte Wissens-  
verarbeitung (FAW) in Ulm, gleich-  
zeitig Professor für Datenbanken  
und Künstliche Intelligenz an der  
Universität Ulm**

**Mitglied zahlreicher Gremien, u. a.  
im Forum Informationsgesellschaft  
der Bundesregierung, Information  
Society Forum der Europäischen  
Kommission, Wissensch. Beirat  
beim Bundesministerium für  
Verkehr, Bau- und Wohnungswesen  
(BMVBW), Vizepräsident des Öko-  
sozialen Forums Europa, Beirat der  
Landesregierung Baden-  
Württemberg für Nachhaltige Ent-  
wicklung. Mitglied im Club of  
Rome, im Deutschen  
Nationalkomitee der UNESCO für  
die Weltdekade „Bildung für nach-  
haltige Entwicklung“**

**2005 – 2014. Vorsitzender des Wis-  
senschaftlichen Beirates des  
Bundesverbandes für Wirtschafts-  
förderung und Außenwirtschaft  
(BWA). Seit 2004 Vorsitzender des  
Wirtschaftspolitischen Beirates  
Kärnten.**

## SPENDENABSETZBARKEIT JETZT!

Der Zusammenhang von zivilgesellschaftlicher Arbeit durch NGOs und Spendenabsetzbarkeit ist ein unmittelbarer. Aufgrund der globalen Katastrophe ist dieser Zusammenhang neuerlich von NGOs und Parteien thematisiert worden. Die abschlägige Haltung der Bundesregierung durch Finanzminister Karl-Heinz Grasser hat sich leider neuerlich bestätigt. Kurzfristiger Budgetsanierung wird der Vorrang gegenüber nachhaltiger Katastrophenhilfe, Entwicklungszusammenarbeit und -

durch Studien mehrfach belegt - positiven Effekt für die österreichische Wirtschaft gegeben.

Nachstehend argumentative Beiträge vom IÖGV, Hilfswerk, CSR-Austria und selbstverständlich wurden die parlamentarischen Parteien eingeladen; lediglich die SPÖ hat einen Beitrag gestellt, welcher nachstehend publiziert ist.

Christian Neugebauer

# Ein österreichisches Modell der Spendenabsetzbarkeit

Von Mag. Dieter Hernegger (Interessensvertretung Österreichischer Gemeinnütziger Vereine (IÖGV))

In diesem Beitrag soll nicht die Rede sein von Österreichs Schlusslichtposition in Europa, nicht von Phantasiezahlen des Finanzministers, nicht von uneingelösten Versprechen der Politik.

Hier geht es darum, ganz konkrete Eckpunkte für ein neues Modell der Spendenabsetzbarkeit in Österreich zu definieren. Schnell umsetzbar, einfach handhabbar und dem international üblichen Standard entsprechend. Nicht mehr – aber auch nicht weniger.

Wie werden Spenden im internationalen Vergleich behandelt? Durchwegs alle westlichen Staaten fördern ‚freiwillige Zuwendungen‘, so der steuerrechtliche Begriff. Fördern bedeutet, dass die Spendenorganisationen keine Körperschaftssteuer zahlen müssen für Spenden, die sie bekommen. Wenn –und nur dann – sie das Geld für staatliche anerkannte, besonders förderungswürdige Zwecke im Dienste der Allgemeinheit verwenden.

Aber wie schaut es auf der Seite der Spenderinnen und Spender aus? Hier gibt es große Unterschiede. Bedingt durch unterschiedliche Steuersysteme, philanthropische Traditionen und politische Wertigkeiten. Wer für gemeinnützige Zwecke spendet, tut dies normalerweise aus seinem versteuerten Einkommen. Das heißt, einfach ausgedrückt, der Finanzminister schneidet am freiwilligen Engagement doppelt mit: Zuerst wurde die Spende bereits (Einkommens-)besteuert, nun kommt sie noch allgemeinen, dem Staats- und Gemeinwesen dienenden

Zwecken zugute. Und erspart damit dem Finanzminister zusätzliche Ausgaben.

Um dieses Ungleichgewicht zugunsten des Staates zu beheben, begünstigt der Staat Spenden. Im international gängigsten Modell, der klassischen Absetzbarkeit, werden Spenden vom Gesamteinkommen abgezogen und verringern so die Bemessungsgrundlage für die Einkommenssteuer. Dies als Anerkennung des Staates für den uneigennütigen Beitrag zum Gemeinwohl durch die Spender.

Andere Modelle kommen auch zur Anwendung, sind aber aufgrund diverser Merkmale nicht für alle Staaten und ihre Steuersysteme attraktiv. Im klassischen Freibetragsmodell, wie es Kanada verwendet, wird ein bestimmter Prozentsatz der Spende direkt von der zu zahlenden Steuerlast abgezogen. Eine Sonderform dieses Modells ist zur Zeit in Osteuropa groß im Kommen, die so genannten ‚percentage laws‘. Spender können ein Prozent ihrer Einkommenssteuerschuld an ausgewählte, gemeinnützige Organisationen widmen, die Finanz übernimmt den Transfer. Die Gemeinnützigkeits-Definition ist breit, wie in den meisten Ländern. Die Organisationen müssen sich einem genau geregelten Berichts- und Kontrollregime unterwerfen.

Ein anderes, sehr innovatives Modell, ‚Gift Aid‘ genannt, kommt aus Großbritannien. Spender spenden aus ihrem versteuerten Einkommen, die Spendenorganisation holt sich den Steueranteil der Spende vom Finanzamt ‚zurück‘.

Was bedeutet das für Österreich? Auch hier gibt es ein klassisches Absetzbarkeitsmodell, ein sehr rigides allerdings. Grob gesprochen sind nur Spenden für wissenschaftliche und Forschungszwecke absetzbar, seit neuem auch für Behindertensport und gewisse Privatmuseen.

Ein Flickwerk, das keine logische Begründung hat und wesentliche gemeinnützige Anliegen einer Gesellschaft nicht berücksichtigt. Man denke an alle Formen sozialer Hilfe im In- und Ausland, an Tier- und Umweltschutz.

Der gesellschaftspolitische Effekt der Spendenabsetzbarkeit liegt aber gerade darin, dass auch solche Anliegen gefördert werden, für die der Staat nichts übrig hat. All die kleinen, aber um nichts weniger wichtigen Anliegen, die in der Masse untergehen. Seltene Krankheiten, an den Rand gedrängte Gruppen, unkonventionelle Lösungsansätze. Hier zeigt sich auch die pluralistische Qualität einer Gesellschaft, ihre Offenheit gegenüber dem Neuen und Anderen. Erhöhen wir diese Qualität.

#### Wie kann ein solches Modell nun aussehen?

Modell und Begünstigte: Ein klassisches Absetzbarkeitsmodell passt am besten ins österreichische Steuersystem. Es ist nur eine einfache, kleine Gesetzesänderung nötig. Die Beschränkung auf wissenschaftliche Zwecke im Einkommenssteuergesetz muss aufgehoben und durch einen Verweis auf die als gemeinnützig anerkannten Zwecke laut BAO ersetzt werden.

Obergrenze: International üblich ist ein prozentuelles Limit, das zwischen 5%-10% der Gesamteinkünfte und in Sonderfällen darüber liegen kann. Denkbar ist auch eine Deckelung, die sich an der Abzugsfähigkeit des Kirchenbeitrags (100 Euro) orientiert.

Verwaltung und Kontrolle: Auch hier braucht niemand das Rad neu zu erfinden. Die Abläufe, wie sie wissenschaftliche Organisationen durchlaufen, brauchen nur übernommen werden. Antrag, Bescheid der Finanzbehörde, jährliche Information durch Rechenschaftsbericht, Spendenbestätigung an Spender.

Kosten: Das Finanzministerium hat noch keine nachvollziehbaren Zahlen vorgelegt. Der Finanzminister jongliert mit Summen, ohne die Fakten zu berücksichtigen. Eine ausführliche Studie des IHS hat die Kosten exakt beziffert. Sie betragen zwischen 18 und 33 Millionen Euro für den Privatbereich, dazu kommen noch ca. 14% für Umwelt und Tierschutz, die nicht Gegenstand der Untersuchung waren.

Die Studie berechnet auch den so genannten Wohlfahrtsgewinn für die Gesellschaft, also den Effekt, dass die Zunahme der Spenden bereits nach fünf Jahren den Einnahmengang für die Finanz übersteigt – und somit netto mehr Geld für das Gemeinwohl zur Verfügung steht. Soviel zum Thema Gegenfinanzierung.

Ein beliebter Einwand der Gegner von steuerlichen Fördermaßnahmen ist, dass Absetzmöglichkeiten Wohlhabende mehr fördern als Durchschnittsverdiener. Umverteilungspolitik nach oben also. Dieses Argument ist falsch. In absoluten Zahlen vielleicht, aber relativ zum Einkommen bedeuten 100 Euro an Spenden für einen Durchschnittsverdiener weit mehr als 500 für einen Großverdiener. Die Spendenabsetzbarkeit soll ein Beitrag sein, das freiwillige Engagement der Spender zu honorieren, ihre Bereitschaft, Anliegen zu unterstützen, die für den Staat oder die Mehrheit der Bevölkerung nicht wichtig sind. Darum geht es. Auch in Österreich. ■

# „Win Win - Situation“ bei steuerlicher Spendenabsetzbarkeit

Von DI ROMAN H. MESICEK (Projektleiter Initiative "CSR Austria")

Nicht zuletzt die ungeheuren Ausmaße der Flutkatastrophe haben wieder einmal gezeigt, dass die Stabilisierung von Krisensituationen und der Wiederaufbau danach ohne freiwillige Spenden nicht möglich wäre. Einzelspenden sind wichtige Bausteine, es braucht jedoch noch viel mehr an Großspenden. Ein präsent Thema in der Diskussion ist die steuerliche Absetzbarkeit der Spenden für Unternehmen, die zu einem zusätzlichen Spendenaufkommen führen würde. Werden Regelungen hier wieder versäumt, kann es zu längerfristigen Folgen für NGOs und karitative Einrichtungen kommen, die oftmals darauf angewiesen sind. Diese Diskussion ist in den vergangenen wieder heftig entbrannt, die Politik zeigt bislang aber kein Einlenken.

Entsprechend der IHS-Studie „Steuerliche Begünstigungen für Spenden im Bereich Soziales und Entwicklungszusammenarbeit“ aus 2002 im Auftrag des Sozial- sowie des Außenministeriums sind die geltenden steuerlichen Regelungen zur Absetzbarkeit von Spenden in Österreich im internationalen Vergleich überaus rigide. Der durch die Absetzbarkeit von Spenden erwartete Steuerausfall liegt entsprechend der IHS-Studie bei 48,8 Mio. Euro, 15,3 Mio. Euro davon entfallen in den Bereich Unternehmensspenden. Es bedürfe nur eines jährlichen Wachstums des Spendenaufkommens um 8-12% im Unternehmerbereich, um den Steuerausfall in den nächsten Jahren durch den Wohlfahrtseffekt zu kompensieren.



DI ROMAN H. MESICEK

Welche der genannten Veränderungen würden zu einer verstärkten Unterstützung von gemeinnützigen Einrichtungen durch Ihr Unternehmen führen? (Mehrfachnennungen möglich)



N = 222, ANGABEN IN %



Dass dieses Wachstum durchaus möglich ist, wird auch durch eine weitere Studie aus dem Jahr 2003 der Gesellschaft für Personalentwicklung, der imug Beratungsgesellschaft mbH und dem Institut für Interdisziplinäre Nonprofit Forschung an der WU Wien untermauert. Diese kommen zu dem Ergebnis, dass bei 78% der befragten Unternehmen eine steuerliche Absetzbarkeit von Spenden zu höherem Engagement führen würde.

### Gesellschaftspolitische Verantwortung

Noch vor der letzten Nationalratswahl haben sich alle Parlamentsparteien in ihren Wahlprogrammen grundsätzlich zur Absetzbarkeit von Spenden an gemeinnützige Organisationen bekannt. Auch im Regierungsprogramm findet sich im übrigen eine Absichtserklärung zur Absetzbarkeit von Spenden.

Weder der Staat, noch die Wirtschaft dürfen sich ihrer gesellschaftspolitischen Verantwortung entziehen. Die österreichische Wirtschaft, allen voran jene Unternehmen, die sich im Bereich der Corporate Social Responsibility (CSR) engagieren, bekennt sich dazu und zu partnerschaftlicher Zusammenarbeit mit den Organisationen der Zivilgesellschaft. Die steuerliche Absetzbarkeit von Spenden unterstützt Unternehmen auch in ihren CSR-Aktivitäten, was wiederum den Mitarbeitern zugute kommt.

### Lösungsschritte erforderlich

Dass es nicht bei der derzeitigen Regelung bleiben kann, scheint einleuchtend, Lösungsansätze sind gefragt. Einer wäre die Entlastung von Unternehmen durch die Absetzbarkeit von Spenden an gemeinwohlorientierte Vereine. Zudem kommt die Erleichterung von CSR-Aktivitäten für österreichischer Unternehmen. Nicht zuletzt muss die Unterstützung österreichischer zivilgesellschaftlicher Organisationen bedacht werden, die maßgeblich gesamtgesellschaftliche Leistungen einbringen.

Die steuerliche Absetzbarkeit von Spenden, insbesondere für karitative Organisationen, würde zur Erreichung dieser Ziele beitragen. Im österreichischen Steuersystem ist bereits die Absetzbarkeit von Spenden für Wissenschaft und Forschung geregelt. Analog zu diesem Modell könnte die steuerliche Absetzbarkeit von Spenden generell gesetzlich verankert werden.

Durch das prognostizierte erhöhte Spendenaufkommen ergeben sich kaum oder geringe Kosten („Wohlfahrtseffekt“) aber positive gesellschaftspolitische Effekte: Soziale Aufgaben werden zwischen Staat und Zivilgesellschaft besser und legitimer verteilt, das Bewusstsein für die Eigenverantwortung für den sozialen Zusammenhalt steigt. ■

# Spenden endlich honorieren!

Von Othmar Karas (Präsident des Hilfswerks)

Die Flutkatastrophe in Asien hat nicht nur zu einer der größten Zerstörungen in der Geschichte der Menschheit geführt, sondern auch zu einer einzigartigen weltweiten Solidarität mit den Betroffenen, zu Hilfsaktionen und Spenden, die alle Rekorde brachen.

Öffentliche und private Träger aus vielen Ländern beteiligen sich an der Soforthilfe und dem Wiederaufbau der Region. So auch die österreichischen Hilfsorganisationen, Bundesregierung, Bundesländer, Kommunen und Sozialpartner. Umso unverständlicher ist daher die Haltung des Finanzministeriums, an der Nicht-Absetzbarkeit von Spenden fest zu halten. Die scheinbare Lockerung der Bestimmungen für Unternehmen, es diesmal bei der Werbewirksamkeit der Spenden nicht so genau zu nehmen, ist viel zu wenig. Spenden für humanitäre Hilfsorganisationen müssen generell von der Steuer befreit werden! Denn die derzeitige Bestimmung bestraft die privaten Spenden, die derzeit überhaupt nicht absetzbar sind. Ist das die Wertschätzung für engagierte Menschen, die mit ihrer Spende einen bewussten Akt der Solidarität setzen?

Das Finanzministerium begründet die Ablehnung der Spendenabsetzbarkeit mit einem geschätzten Steuerausfall von mehr als Euro 100 Millionen. Eine viel zu hohe Zahl, IHS-Berechnungen kommen auf Euro 49 Millionen. Da jedoch durch die Absetzbarkeit mit einem Anstieg des Spendenvolumens gerechnet wird, würde der Wohlfahrtsgewinn den Steuerausfall sogar kompensieren. Dies wäre bereits bei einer durchschnittlichen jährlichen Erhöhung von der Privatspenden um 2,5%, bei Unternehmensspenden um 8,5% der Fall.

Tatsächlich zählt Österreich zu den Schlusslichtern Europas. Sogar die meis-

ten neuen EU-Mitgliedsländer haben die Spendenabsetzbarkeit in ihren Steuergesetzen verankert. Damit werden österreichische Hilfsorganisationen auch im internationalen Vergleich stark benachteiligt.

Dabei übernehmen die humanitären Hilfsorganisationen wichtige gemeinschaftliche Aufgaben. Dies bringt gegenüber der möglichen Besorgung dieser Aufgaben durch die öffentliche Hand entscheidende Vorteile. So können private Träger rascher auf sich ändernde Bedürfnisse der Kunden eingehen, bringen einen hohen Anteil ehrenamtlicher Arbeit und privater finanzieller Leistungen ein, womit nicht nur Steuergeld gespart, sondern über das "bürger-schaftliche Engagement" die Gesellschaft bereichert wird.

Besonders ärgerlich ist, dass die Spendenabsetzbarkeit zwar seit den 60er Jahren von Politikern angekündigt, aber bis heute nicht umgesetzt wurde. Österreich kann es sich leisten und jetzt wäre der richtige Zeitpunkt dafür. Über die Spendenabsetzbarkeit ist lange genug über geredet worden. Jetzt wollen wir endlich Taten sehen! ■

**Othmar Karas wurde am 24.12.1957 in Ybbs/Donau geboren. Er ist mit Dr. Christa Karas-Waldheim verheiratet. 1979 bis 1981 war Karas politischer Referent der ÖVP (Bildung/Jugend/Sicherheit/Sport), 1995 bis 1999 Generalsekretär der ÖVP. Seit Juli 1999 ist Othmar Karas Mitglied des Europäischen Parlaments. Seit März 1998 Präsident des Österreichischen Hilfswerks, seit Juli 2004 Vizepräsident der EVP/ED-Fraktion und deren Schatzmeister.**



OTHMAR KARAS

Das Österreichische Hilfswerk ist mit seinen Landesverbänden und dem Hilfswerk Austria einer der größten österreichischen Anbieter sozialer Dienstleistungen. Es beschäftigt 6.000 hauptberufliche MitarbeiterInnen und erwirtschaftet in den Geschäftsbereichen Hilfe und Pflege, Kinder- und Jugendbetreuung, sowie Beratung und Bildung einen Jahresumsatz von € 130 Millionen und ist auch als Hilfsorganisation in Krisengebieten sehr aktiv.

# Zur Frage der steuerlichen Absetzbarkeit von Spenden

Von Dr. Christoph Matznetter (Budget- und Finanzsprecher der SPÖ)

## Erster Schritt Gleichstellung

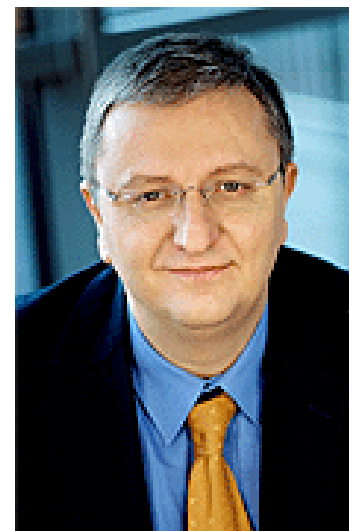
Die Flutkatastrophe in Südost-Asien, die auf tragische Weise hunderttausenden Menschen das Leben kostete und unvorstellbare Verwüstungen in den betroffenen Regionen hinterließ, hat in Österreich einmal mehr die Frage nach der steuerlichen Absetzbarkeit von Spenden aufgeworfen. Gemeinnützige Vereine und Hilfsorganisationen fordern diese steuerliche Maßnahme seit Jahren, einzelne Politikerinnen und Politiker aus nahezu allen politischen Lagern haben sich dieser Forderung angeschlossen. Ich möchte in Form einer kleinen Rückblende auf die Beschlussfassung der Steuerreform 2005 im Mai vergangenen Jahres ein paar Anmerkungen zu dieser Diskussion hinzufügen.

Mit der Steuerreform 2005 beschlossen die Regierungsparteien ÖVP und FPÖ Anfang Mai 2004 eine Anhebung der Absetzbarkeit von Beiträgen an Kirchen und Religionsgemeinschaften von 75 auf 100 Euro ab dem Jahr 2005. Eine Maßnahme, die zu einem Steuerausfall von prognostizierten 30 Millionen Euro pro Jahr führen wird. Die SPÖ forderte in einem Abänderungsantrag, diesen Absetzbetrag nicht auf Kirchen und Religionsgemeinschaften zu beschränken, sondern auf andere gemeinnützige und mildtätige Aktivitäten auszuweiten. Diese Gleichstellung hätte einerseits all jenen Steuerpflichtigen, die nicht Mitglied einer gesetzlich anerkannten Religionsgemeinschaft sind, die Absetzbarkeit von Spenden ermöglicht. Andererseits wäre mit dieser steuerlichen Anerkennung eine echte Wahlmöglich-

keit geschaffen worden, die die katholische Kirche ihren BeitragszahlerInnen alternativ - in Form der Anrechnung von Zahlungen z.B. an die Caritas - bereits einräumt. In einer ganzen Reihe von EU-Ländern wird dies im übrigen seit Jahren so gehandhabt. Was tat die Bundesregierung? ÖVP und FPÖ stimmten am 6. Mai 2004 im Nationalrat geschlossen gegen diesen Vorschlag.

Es sollten also all jene gewarnt sein, die aus der aktuellen Debatte die Hoffnung schöpfen, die steuerliche Absetzbarkeit von Privatspenden könnte bald Realität sein. In der gegenwärtigen politischen Situation ist es, wie oben dargestellt, nicht einmal möglich, eine steuerliche Gleichstellung von Hilfsorganisationen mit den Kirchen herzustellen.

Die SPÖ wird deshalb in der nächsten Nationalrats-Sitzung Ende Jänner den oben zitierten Antrag erneut einbringen. Eine Zustimmung seitens der Regierungsparteien wäre ein wichtiger erster Schritt in die richtige Richtung. Ohne eine Gleichstellung der gemeinnützigen Hilfsorganisationen mit den anerkannten Religionsgemeinschaften ist eine weiterführende Debatte über die Ausweitung der steuerlichen Absetzbarkeit von Spenden aus Sicht der SPÖ allerdings müßig. Möge das mediale Trommelfeuer einzelner Landespolitiker auch noch so laut tönen. ■



DR. CHRISTOPH  
MATZNETTER

# Entschuldung und Entwicklungsfinanzierung

Von Weihbischof Dr. Ludwig Schwarz SDB, Heinz Hödl, Hilde Wipfel (KOO)

**A**nlässlich der Tsunami Katastrophe werden derzeit neben unmittelbaren Hilfsmaßnahmen auch Möglichkeiten diskutiert, den betroffenen Ländern ihre Schuldenlast zu erleichtern. Während Millionen Opfern das Notwendigste zum Überleben fehlt, sind diese Länder mit rund 272 Mrd. USD im Ausland verschuldet und wenden zum Teil erhebliche Anteile ihres Budgets für Schuldendienstzahlungen auf. Dem gegenüber stehen aktuell 5 Mrd. USD an zugesagter Hilfe.

Die Koordinierungsstelle der Österreichischen Bischofskonferenz für internationale Entwicklung und Mission (KOO) begrüßt den Vorschlag eines Schuldemoratoriums für die von der Flutkatastrophe betroffenen Staaten als ersten Schritt, aber im Fall von Indonesien und Sri Lanka als nicht ausreichend.

Die KOO fordert die österreichische Bundesregierung, die österreichischen VertreterInnen bei internationalen Finanzinstitutionen und in der EU auf, sich für die folgenden Anliegen einzusetzen:

Angebote für Schuldenerleichterungen müssen den Notwendigkeiten und Wünschen der betroffenen Länder entsprechen und in manchen Fällen über ein Moratorium hinaus auch zu Schuldenerlass führen.

Indonesien ist seit der Asienkrise ein hoch verschuldetes Land, das jährlich rund 25-30% seiner Exporterlöse für Schuldendienstleistungen aufwendet – zehnmals mehr als sein Gesundheitsbudget ausmacht. Ein Moratorium würde Indonesien eine Atempause ermöglichen, wäre für eine Lösung der Schuldenprobleme Indonesiens aber nicht ausreichend. Nach den Kriterien der Multilateralen Entschuldungsinitiative HIPC II wäre ein Land mit diesen Daten zu einem weit reichenden Schuldenerlass berechtigt. Indonesien ist mit 1,5 Mrd. € Außenständen für Österreich das bedeutendste unter den angesprochenen Schuldnerländern, 291 Mio. davon sind Altschulden, die auf die Suhartozeit zurückgehen. 2005 hätte Indonesien rund 200 Mio. € an Österreich zu zahlen.

Auch Sri Lanka würde mit seiner hohen Rate der Auslandsverschuldung und großem Finanzbedarf für Wiederaufbaumaßnahmen zu den Profiteuren von

Schuldenerleichterungen zählen. Die Verschuldung gegenüber Österreich ist mit 63,5 Mio. € von rund 10 Mrd.\$ Gesamtverschuldung jedoch vergleichsweise gering.

Für Indien und Thailand sind Entschuldungsmaßnahmen weder notwendig noch hilfreich. Indien hat 2003 Kredite sogar vorzeitig zurückgezahlt, Thailand hat Schuldenerleichterungen abgelehnt.

Für Somalia würde ein Schuldenmoratorium wenig Sinn machen. Der bilaterale Anteil der rund 3 Mrd. US-\$ Auslandsschulden des Landes wird im Rahmen der Kölner Schuldeninitiative ohnedies gestrichen und wird überdies seit Jahren nicht mehr bedient. Hier sollte auf eine unmittelbare vollständige Streichung der Schulden bei Weltbank, IWF und Afrikanischer Entwicklungsbank gedrängt werden.

## Die KOO fordert daher

- Ein unmittelbares und bedingungsloses Schuldemoratorium für Indonesien bis inklusive 2006, das sich auf alle Forderungen an den indonesischen Staat erstreckt, nicht nur für Schulden beim Pariser Club, die nur rund ein Drittel der indonesischen Auslandsverschuldung ausmachen. Es muss sichergestellt sein, dass für diese Zeit weder Zinsen noch Zinseszinsen anfallen, da dies die Situation des Landes nach Ablauf des Moratoriums noch verschärfen würde.
- Während dieser Zeit Abhalten einer internationalen Schuldenkonferenz für Indonesien unter unabhängiger Führung z.B. der UNO für eine langfristige und umfassende Befreiung Indonesiens von seiner erdrückenden Schuldenlast, um über den Pariser Club hinausgehende Forderungen zu berücksichtigen und faires und unabhängiges Verfahren zu gewährleisten. Ein Schuldenerlass darf nicht an Bedingungen geknüpft werden, die den wirtschaftlichen Druck auf das Land weiter verschärfen.
- Das Ausmaß der Schuldenreduktion muss sich an den finanziellen Notwendigkeiten zum Erreichen der Millennium Entwicklungszielen -MDGs (Halbierung der Armut, Grundschulbildung, Gesundheit etc.) im Angesicht der zusätzlichen Probleme angesichts der

Tsunami Katastrophe orientieren

- Durch Schuldenerleichterungen frei werdende Mittel sollten für Wiederaufbau und zukunftsfähige Entwicklung der von der Katastrophe am schwersten betroffenen Gebiete zweckgewidmet werden
- Die getroffenen Maßnahmen dürfen nicht zu Lasten armer oder hoch verschuldeter Länder in anderen Regionen gehen. Daher müssen Schuldenerleichterungen für die von der Tsunami Katastrophe betroffenen Länder
  - Anstoß für eine umfassende Diskussion und weitreichende Maßnahmen zur Entschuldung anderer armer hoch verschuldeter Länder sein
  - zusätzlich zu den bisher geplanten Maßnahmen der Entwicklungszusammenarbeit erfolgen.

Dies erfordert eine drastische Erhöhung der österreichischen Mittel für Entwicklungszusammenarbeit, mit dem Ziel 0,7% des BNE bis 2010 zu erreichen. 2003 rangierte Österreich als viertreichstes Land der EU mit 0,2%

gemeinsam mit Italien an letzter Stelle der EU Geberländer. Da Entschuldungsmaßnahmen ebenso wie Maßnahmen der Katastrophenhilfe auch in die Statistik der Official Development Aid (ODA) eingerechnet werden, könnten sonst Entschuldung z.B. von Irak und Indonesien zu einem deutlich erhöhten Ausweis in Zahlen führen, während es gleichzeitig zu Kürzungen langfristiger Entwicklungsprojekte und Programmen in anderen Regionen kommen könnte und dringend benötigte Mittel für Ernährung, Bildung und Gesundheit in Afrika fehlen.

Im Sinne der Transparenz ist zumindest eine getrennte Berechnung und Meldung von Schuldenreduktionen und Mittel für Entwicklungszusammenarbeit gefordert. Dies gilt insbesondere für die aktuelle Zusage der Österreichischen Bundesregierung, 50 Mio. € an Hilfe für die von der Tsunami betroffenen Länder zur Verfügung zu stellen. ■

## *2005 – Wendepunkt bei der Bekämpfung der weltweiten Armut?*

Von AGEZ

**D**ie Tsunami-Flutkatastrophe ist ein doppeltes Unglück: sie hat nicht nur Millionen Menschen in Südostasien in akute Not gestürzt, sondern es ist zu befürchten, dass sie viel Geld bindet und es dadurch in afrikanischen Elendsgebieten südlich der Sahara zu gefährlichen Engpässen in der Entwicklungszusammenarbeit kommen könnte.

Viele der in der AGEZ (Dachverband von 30 entwicklungspolitischen NGOs in Österreich) zusammengeschlossenen Organisationen engagieren sich seit Jahren mit Projekten in den von der Flutkatastrophe betroffenen Regionen in Südostasien und sammeln nun zusätzliche Spenden, um die notwendige und wichtige Katastrophen- und humanitäre Hilfe für die Flutopfer leisten zu können. Die Spendenbereitschaft und das Spendenaufkommen durch die österreichische Bevölkerung sind großartig. Die AGEZ erwartet sich dieses Verständnis und eine ausreichende Dotierung für die langfristige Entwicklungszusammenarbeit dementsprechend auch von der Österreichischen Bundesregierung.

### **Zusagen der Regierung kommen aus welchen Budgettöpfen?**

Die AGEZ begrüßt die jüngste Zusage von Bund, Ländern und Städten, 50 Mio. Euro für Nothilfe und Wiederaufbaumaßnahmen zur Verfügung zu stellen. Die NGOs hoffen jedoch, dass die von der Regierung zugesagten Finanzmittel für die Flutopfer aus zusätzlichen Budgets finanziert werden und nicht aus dem ohnehin schon knapp dotierten Entwicklungszusammenarbeitsbudget. Um diesbezügliche Zweifel auszuräumen fordern die NGOs im Sinne der Transparenz eine detaillierte Aufschlüsselung der zugesagten Hilfsmittel und ihrer Finanzierungsquellen.

### **Tragische Flutkatastrophe: trauriger Anlass für Notwendigkeit für mehr Entwicklungszusammenarbeit**

Die Organisationen hoffen, dass die tragische Flutkatastrophe zu einem Umdenken bei den EntscheidungsträgerInnen führt und die Notwendigkeit

nach mehr langfristig nachhaltiger Entwicklungshilfe im Anschluss an die Linderung der ärgsten Not auch umgesetzt wird. Mitleid und Hilfsbereitschaft der ÖsterreicherInnen sind wunderbar, doch können sich diese Gefühle früher oder später wieder verflüchtigen, sobald es keine Fernsehbilder mehr aus diesen Regionen gibt.

Die Nichtregierungsorganisationen (NGOs) appellieren an dieser Stelle vehement, auf das tägliche Leid derjenigen Menschen, die nicht in den Medien präsent sind, nicht zu vergessen. Um nur ein Beispiel zu nennen: weltweit sterben 30.000 Kinder an vermeidbaren Krankheiten. Täglich! (Human Development Report 2003 der Vereinten Nationen). Das Leid der Einen darf nicht gegen das Leid der Anderen ausgespielt werden und Politikentscheidungen dürfen nicht nach Medienattraktivität gefällt werden.

### **Kampf gegen weltweite strukturelle Armut notwendig**

Was wir hingegen brauchen, ist der weltweite und kontinuierliche Kampf gegen die Armut, der im Jahr 2000 durch die Verabschiedung der Millenniumsentwicklungsziele durch die Vereinten Nationen begonnen wurde. Ziel ist es, die absolute Armut bis zum Jahr 2015 zu halbieren. Dazu braucht es nicht nur ein gerechtes Weltwirtschaftssystem sondern auch mehr Entwicklungszusammenarbeit: 0,7% des BNE als Ausgaben für Entwicklungszusammenarbeit ist die einzige Möglichkeit, den Wiederaufbau in den betroffenen Ländern für die nächsten Jahre zu sichern und die entwicklungspolitischen Herausforderungen, wie sie sich in vielen Regionen der Welt seit Jahrzehnten stellen, voranzubringen. Das Aufbringen zusätzlicher Mittel anlässlich der Flutkatastrophe wäre auch eine Chance für Österreich,

einen echten Schritt in Richtung 0,7% zu tun. Denn Katastrophen haben in den armen Ländern aufgrund der schwachen Infrastruktur oftmals verheerendere Auswirkungen als in reichen Ländern.

### **2005 – Jahr der Weichenstellung um die extreme Armut zu besiegen?**

In den Entwicklungsländern geht es darum, die strukturelle Armut zu bekämpfen, damit alle Menschen über ausreichend Nahrung und sauberes Trinkwasser verfügen und Zugang zu Gesundheitsdiensten und Bildung haben. Im September 2005 steht die Überprüfung der bisherigen Fortschritte beim Erreichen der Millenniumsentwicklungsziele im Rahmen einer UN-Konferenz an. Die Regierungen der Industrieländer könnten dabei Geschichte machen, wenn sie 0,7% des BNE für Entwicklungshilfe bereitstellen, weitere Entschuldungen durchführen und sich für ein faires Weltwirtschaftssystem einsetzen. Auch Österreich ist gefordert: Es braucht für die Erreichung der Millenniumsentwicklungsziele eine substanzielle Erhöhung der öffentlichen Mittel für Entwicklungszusammenarbeit, mit dem Ziel, die vor mehr als 30 Jahren zugesagten 0,7% des BNE bis zum Jahr 2010 zu erreichen. Denn 2003 rangierte Österreich als viertreichstes Land der EU mit nur 0,2% an vorletzter Stelle der EU-"Geber"länder. ■

# Bericht über den Einsatz Sri Lanka Dez. 2004

Von Cachée Philipp (Gründer u. Kommandant d. Vereines „Austrian Disaster Research & Assistance Team“

(A.D.R.A.T.)

**A**m 26.12.2004, 5:35 Uhr, wurden wir durch eine Alarm SMS durch die Vereinten Nationen, auf das Seebeben in Süd-Ost Asien aufmerksam gemacht. Die anfängliche Angabe über die vermuteten Todesopfer beläuft sich um diese Zeit auf ca. 500. Sofort habe ich unser Team in Standby für einen möglichen Auslandseinsatz versetzt. Bereits einige Stunden später, ca. um 8:40 Uhr, haben wir uns bereits bei der UN als Einsatzbereit angemeldet. Die Opferzahl ist in der Zwischenzeit auf ca. 2000 gestiegen. Zu diesem Zeitpunkt war noch niemanden das Ausmaß der Katastrophe bewusst bzw. bekannt. Durch die internationale UN interne Informationsdatenbank hielten wir uns auf dem Laufenden. Die Zahl der Opfer stieg, potentiell mit der Zeit die seit dem Beben vergangen war. Um ca. 14 Uhr kam der offizielle „request for international assistance“, welches für uns das „Go“ bedeutete. Sofort haben wir unseren Flug über die AUA in das Katastrophengebiet nach Colombo / Sri Lanka gebucht, und zur gleichen Zeit begonnen unsere Ausrüstung zusammen zu packen. Schanzwerkzeug, medizinisches Material zur Eigenversorgung, Lebensmittel, Mineralwasser und die eigene persönliche Ausrüstung. Um 19:00 Uhr haben wir unsere Zentrale Richtung Flughafen Wien Schwechat verlassen. Unser Flieger hob pünktlich um 20:10 Uhr Richtung Sri Lanka ab.

**Am 27.12.2004, 10 Uhr Ortszeit** sind wir in Colombo eingetroffen. Der dortige Flughafenmanager hat uns abgefangen und uns sofort via Taxi in die Sri Lankanische Rot Kreuz Zentrale bringen lassen. Wir wussten bis zu diesem Zeitpunkt nicht was auf uns zu kommen würde. Empfangen wurden wir vom Sir Lankanischen Rot Kreuz Präsidenten und wurden von ihm ersucht mit einem Team freiwilliger Helfer in den Nord Osten vorzustoßen, da dort noch keine Hilfe einlangt war. Nach ca. 7 Stunden Autofahrt (für nur 200 km) trafen wir in „Trincomalee“ ein. Es bot sich uns ein Bild der Verwüstung. Wie nach einem Krieg, nach einer Explosion oder wie nach ca. 10.000 Hiroshima Atombomben. Alles lag, nichts war mehr an der Stelle wo es einmal hat gestanden. Vergleichbar mit einem Kartenhaus, wo der gesamte Tisch nach unten wegbricht. Pure Zerstörung, pure Naturgewalt.

In den folgenden 2 Tagen sind wir von einem Auffangcamp für Überlebende zum nächsten gefahren.

Haben dort anstatt unserer geplanten Such- und Bergeoperation, verwundete Menschen die benötigte Erste Hilfe zu teil werden lassen. Die Menschen dort waren wie Hypnotisiert, wie in einem Moment des Lebens festgehalten. Es gab vereinzelt Tränen, jedoch der Großteil lief wie paralysiert umher. Der Großteil an Verletzungen die wir gesehen und zu versorgen hatten waren Schnittwunden, Rissquetschwunden, Knochenbrüche und daraus resultierende Infektionen. Das Trinkwasser in den Regionen in welchen wir unterwegs waren wurde durch das Meerwasser kontaminiert. In diesem Wasser waren Cholera, Thyphus, Malaria, Felaria und das heimtückische Dengu Fieber zu Hause. Nach dem die gesamte Landschaft, Ortschaft unter Wasser waren, mussten die Menschen mit Ihren offenen Wunden, durch das verseuchte Wasser marschieren und genau in diesem Moment war die Infektion geschehen.

Von den Leichen möchte ich gar nicht all zu viel erwähnen, nur jedoch dass diese wie Säcke mit Lebensmittel oder anderem Inhalt einfach auf dem Strassenrand gestapelt wurden. Es waren ältere Menschen, jüngere Menschen und sehr viele Kinder.

Die Eindrücke die man aus so einer Region, aus so einem Einsatz mitnimmt können zum Teil gar nicht beschrieben oder geschildert werden. Entweder es liegt daran das man es erst selbst verarbeiten muss, oder es liegt daran das man nicht die richtigen Worte dafür finden kann.

Das Ergebnis unserer Mission war die Erstversorgung von ca. 100 Verletzten Einheimischen, welche die Seebebenkatastrophe von Süd-Ost Asien überlebt haben.

Ich,). Mein Studium für Krisen- und Katastrophenmanagement schließe ich dieses Jahr im Juli ab. Erfahrung konnte ich mir bereits während meiner langjährigen Mitgliedschaft in anderen Hilfsorganisationen aneignen, sowie auch bei meinem letzten internationalen Einsatz in Bam/Iran wo ich 12 Tage tätig war.

Während und nach solchen Erfahrungen kann ich nur eines dazu sagen:

*„Nicht alle Menschen sind glücklich, die froh erscheinen. Ich habe schon oft gelacht, um nicht zu weinen ...“* ■

# *EIS – oder ein neuer Name für das politische Theater in Wien*

**D**as Bernhard Ensemble, einst Träger des Nestroy Preises (2002), wird seit dieser Auszeichnung von der Kulturförderung konsequent – wie viele andere kritische und innovative Theatergruppen – geschnitten, sprich nicht mehr gefördert.

Doch das Bernhard Ensemble rund um Ernst Kurt Weigel und Grischka Voss stecken hier nicht auf und produzieren mit dem Stück EIS die meines Wissens nach erste wahrlich unabhängige Produktion in der jüngeren Theatergeschichte Wiens: Die Gesamtproduktion wurde zu 100% aus Sponsorgeldern finanziert und kann daher tatsächlich als unabhängige Produktion bezeichnet werden. Damit geht das Bernhard Ensemble neue Wege, was alleine schon Hochachtung verdient, aber der künstlerische Wert lässt gleichfalls nichts zum Wünschen über: 100% Unabhängigkeit und Frische.

Davon konnte man sich bei der Premiere am 13. Jänner überzeugen. Vor überknallvollen Saal boten Weigel&Voss neue Dimensionen des kritischen Theaters ohne peinlichen Betroffenheits- und Sozialromantikkitsch. Zwischen Derrida und SPÖ-Parteiprogramm spannt Weigel mit seiner Truppe eine mehrdimensionale Geschichte auf und setzt mit pointiert ausgearbeiteten Charakteren, die von hervorragenden SchauspielerInnen in Szene gesetzt werden, Lach- und Hirnmuskeln in Kraft. Theater, das halt wieder mal bewegt und ohne ärmlich-dumme Politparolen auskommt.



## **Credits:**

**Wo:** Stadtinitiative Wien, 7., Kirchengasse 41  
**Wann:** Jän.05: 14.-16./20./21./25./27./29./30.  
 Feb.05: 3.-6., 10.-13.

**Beginn: 20.00 Uhr**

Karten Tel.: 0676/ 360 62 06

**Mit:** Daniela Kong, Barbara Krahofer, Grischka Voss, Kajetan Dick, Klaus Haberl und Ernst Kurt Weigel

**Regie und Bühne:** Ernst Kurt Weigel  
**Kostüme:** Grischka Voss  
**Grafik:** Clemens Holzleitner  
**Produktion:** Ernst Kurt Weigel

## **Sponsoren:**

Albrechtsberger GmbH, arbeitsraum-philosophie GmbH  
 Bundy & Bundy, Forum Wellpappe, Hotel Altstadt Vienna  
 Tanz Hotel



## SPENDENABSETZBARKEIT TEIL I

## Rotes Kreuz über Aussagen von Finanzminister Grasser enttäuscht

Wien - "Die Opfer der Flutkatastrophe in Südostasien konnten und können sich auf die Solidarität der Menschen in Österreich verlassen", so Wolfgang Kopetzky, Generalsekretär des Österreichischen Roten Kreuzes. "Die Aussagen des Finanzministers zur Absetzbarkeit von Privatspenden sind schlichtweg enttäuschend. Was während des Hochwassers in Österreich nicht möglich war, darf jetzt also auch keine Anwendung finden? Und ich glaube nicht, dass es die Aufgabe von humanitären Organisationen sein kann über Gegenfinanzierungsmodelle nachzudenken. Wir ersuchen auch nicht den Bundesminister um Vorschläge zur Ausbildung von Trinkwasserspezialisten", so Kopetzky.

Verschiedenste Studien belegen, dass die Spendenabsetzbarkeit den Staat nur in den ersten Jahren etwas kosten würde, ab dem fünften Jahr überwiegt bereits der Anstieg von Spenden gegenüber den Mindereinnahmen an Steuern.

"Ich denke, dass es für den Staat eine Selbstverständlichkeit sein muss, das vielfältige persönliche Engagement anzuerkennen und zu fördern. Schließlich erspart sich die Republik dadurch jedes Jahr Beträge in Milliardenhöhe. Dennoch belegt Österreich gemeinsam mit Finnland im Bereich der steuerlichen Anerkennung den letzten Platz in der Europäischen Union", erklärt Kopetzky.

Eine Studie der Wirtschaftsuniversität schätzt den volkswirtschaftlichen Wert der Freiwilligenarbeit auf 7 Mrd. Euro pro Jahr. Weitere 400 Millionen Euro kommen durch Spenden hinzu. "Damit werden Leistungen finanziert, für die sonst der Staat aufkommen oder auf die unsere Gesellschaft verzichten müsste. Diese Betrachtungen sollten es unserer Regierung leicht machen, eine positive Entscheidung zu finden. Hunderttausende SpenderInnen warten besonders in diesen Tagen auf ein echtes Signal von Regierungsseite, dass auch ihre Solidarität honoriert wird", so abschließend Kopetzky. ■

## Asyl - Enttäuschung bei SOS Mitmensch

Wien - Enttäuscht über die "Diskussionsgrundlage" von Innenministerin Liese Prokop zeigt sich die Menschenrechtsgruppe SOS Mitmensch. "Von freundlichen Worten hat niemand was, wir brauchen ein gutes Asylgesetz", fordert SOS-Sprecher Philipp Sonderegger. Bereits die erste Durchsicht habe eine Reihe von Menschenrechtswidrigkeiten ergeben. "Das Papier trägt Strassers Handschrift", verweist SOS Mitmensch auf den Umstand, dass das Papier bereits unter Exinnenminister Ernst

Strasser ausgearbeitet wurde. Man warte nun aber einmal ab, wie der Begutachtungsvorlage aussehe. Gleichzeitig warnt die Organisation vor der Umsetzung der Vorschläge. Sie seien nicht Sachgerecht: Es bestehe die Gefahr, dass das Asylrecht zu einem reinen Instrument der Kriminalitätsbekämpfung verkomme und kein Schutzinstrument für Verfolgten mehr sei. Strafverfolgung sei aber Sache des Strafrechts. Asylrecht müsse Verfolgten Schutz bieten. ■

## WEBTIPP

Patriotismus oder Vaterlandsverrat: Wo stehen Sie in Österreich?

Beantworten Sie 22 Fragen im Österreich-Quiz und erfahren Sie, welchem von acht Typen Sie am ehesten entsprechen!  
>> <http://quiz.oesterreich-2005.at/>

Ein Beitrag von Public Netbase im Rahmen der Plattform: Österreich 2005: Das Vorsorge-Paket gegen ein Jahr Heimat-Feiern  
>> <http://www.oesterreich-2005.at/> ■

## Call for Papers - Linuxwochen Wien 2005

Wien - Die Linuxwochen Wien 2005 finden vom 24. bis 27. Mai im Museums Quartier Wien statt.

Auch dieses Jahr wird es wieder zwei Tage freies Vortragsprogramm in zwei Tracks geben. Der Call for Papers für das freie Vortragsprogramm ist hiermit eröffnet und endet mit 28. Februar 24:00 CET. Das Programmkomitee wird bis Ende März die Auswahl der Vorträge treffen.

Abstracts koennen ab sofort unter <http://www.linuxwochen.at/cgi-bin/index?id=000100000004> eingereicht werden. ■

## SPENDENABSETZBARKEIT TEIL II

**VOLKSHILFE –****Spendenabsetzbarkeit Ja, bitte!**

**W**ien - Im Schulbereich ist Finnland seit der PISA Studie das Maß aller Dinge. In diesem Feld würde sich Österreich wünschen, gleichauf zu sein. Bei der Spendenabsetzbarkeit gibt es diese Gleichstellung, allerdings ist das nicht positiv zu bewerten. Denn nur in Finnland und Österreich gibt es die Absetzbarkeit von privaten Spenden in Europa noch nicht.

Der Präsident der Volkshilfe Österreich, Univ.-Prof. Dr. Josef Weidenholzer kann das nicht verstehen: "Für Firmen gibt es die Möglichkeit der Absetzbarkeit von Spenden, diese Ungleichbehandlung ist nicht einzusehen. Daher fordert auch die Volkshilfe die Absetzbarkeit von Spenden."

Die Gemeinnützigkeit als Voraussetzung ist wohl unumstritten, das Spendegütesiegel könnte ein weiteres Kriterium darstellen. Ob diese Einschränkungen reichen und alle Anliegen den Ausfall von Steuergeldern wertend, ist allerdings eine berechtigte Frage. Spenden für humanitäre Hilfe sind

Katastropheneinsätze sollten jedoch sofort und als ersten Schritt steuerlich absetzbar sein.

Für die Volkshilfe ist aber auch der administrative Aufwand zu beachten, meint der Geschäftsführer der Volkshilfe Österreich, Erich Fenninger: "Wenn die bestehende Liste im Finanzministerium für Wissenschaft und Forschung erweitert wird, ist der einfachste Weg, dass Zuwendungen an die Organisationen im Zuge der Arbeitnehmerveranlagung geltend gemacht werden können. Eine solche Regelung ist einfach und für alle Beteiligten leicht zu handhaben."

Weidenholzer abschließend: "Wir erwarten uns von der Spendenabsetzbarkeit eine Förderung des Spendenvolumens. Es gibt auch in Österreich noch sehr viel zu tun, wofür private Spenden dringend gebraucht werden. Bei realistischen Schätzungen kann sich Österreich die Spendenabsetzbarkeit ganz sicher leisten." ■

## BAWAG und PSK verlängern die Spesenbefreiung für Spendeneinzahlungen

**W**ien - Die BAWAG P.S.K. Gruppe beteiligt sich aktiv an den Hilfsaktionen und verlängert die Spesenbefreiung für Bar-einzahlungen auf Spendenkonten bis 31. Jänner 2005. ■

## Pharmig - Ungleichbehandlung der Patienten bei Chefarztpflicht unzumutbar

**W**ien - „Es ist nicht einzusehen, warum ein Kärntner Patient tagelang auf die Fax-Genehmigung seines chefarztpflichtigen Arzneimittels warten muss, während ein Südburgenländer dasselbe Präparat ohne Wartezeiten bekommt“, ärgert sich Jan Oliver Huber, Generalsekretär der Pharmig, des Verbands der pharmazeutischen Industrie Österreichs. Grund für seine Kritik: In Oberösterreich, Kärnten und der Steiermark bestehen die lokalen Krankenkassen auf einer Vorab-Bewilligung von chefarztpflichtigen Medikamenten per Fax. Und das, obwohl die Verordnung des Ministeriums die Möglichkeit vorsieht, dass die Patienten chefarztpflichtige Arzneimittel sofort erhalten, sofern der Arzt begründet und dokumentiert, warum gerade dieses Medikament eingesetzt werden muss.

Dabei gibt es laut Huber durchaus auch positive Beispiele, wie die neue Verordnung unbürokratisch und erfolgreich in die Praxis umgesetzt werden kann. Die Wiener Gebietskrankenkasse beispielsweise verzichtet auf die umständliche Faxerei, hier reicht die Patientenkartei als Dokumentation aus. „Die Ministerin hat mehrmals betont, dass die Fax-Lösung nicht in ihrem Sinne und auch nicht notwendig ist“, erklärt Jan Oliver Huber. „Und Bundesländer wie Wien führen erfolgreich vor, dass es auch anders geht. Ich fordere daher die Verantwortlichen in den betroffenen Bundesländern auf, die unzumutbare Faxerei einzustellen und die Diskriminierung der Kärntner, Steirer und Oberösterreicher sofort zu beenden.“ ■

## Opernball 2005 – Ned scho Wieda!

**W**ien - Wie immer um diese Jahreszeit ist der Opernball für die Gesellschaftsseiten der österreichischen Medien ein großes Thema. Die Garderobe der Opernballchefin, der kredenzte Wein und das Thema des Blumenschmucks werden präsentiert und besprochen. Über letzteren wurde heuer noch nichts verlautbart. Weder Farben noch Herkunft der Blumenpracht ist bekannt. Gerüchten zufolge soll es sich um Ware aus Europa handeln. Nach einem überraschenden Einlenken der Opernballorganisation im Jahre 2004 aufgrund des Drängens von Seiten der FLP-Blumenkampagne, Berichten im GLOCALIST REVIEW und Briefen von mehr als 700 ÖsterreicherInnen, auf FLP-zertifizierte und somit unter menschenwürdigen Bedin-

gungen produzierte Ware zurückzugreifen, reagiert die Opernballorganisation heuer mit Gesprächs- und Informationsverweigerung.

Die OrganisatorInnen der FLP-Blumenkampagne bedauern den Abbruch der Kommunikation von Seiten der Opernballchefin Frau Dkfm. Elisabeth Gürtler. Gerade angesichts der Flut in Asien ist dies ein seltsames Zeichen, welches man hier offensichtlich setzen will.

FLP ist die Abkürzung für Flower-Label-Program! Es handelt sich dabei um ein Gütesiegel für Schnittblumen aus menschenwürdiger und umweltverträglicher Produktion, derzeit noch ausschließlich aus den Ländern des Südens. ■

Nachhaltiger Finanzmarkt -  
Kann der Finanzmarkt eine  
nachhaltige Entwicklung  
fördern?

**27. Jänner 2005, 17.30 Uhr**

**Wo:** Kleiner Festsaal, Haus der  
Industrie, Schwarzenbergplatz 4,  
1031 Wien

Bei dieser Veranstaltung mit  
Wolfgang Pinner (Chief Investment  
Officer bei der VBV - Pensionskasse in  
Wien und Buchautor zum Thema  
„Ethische Investments“) sollen  
Ansätze zur Förderung einer Nach-  
haltigen Entwicklung im Finanz-  
markt vorstellen. Bei der anschlie-  
ßenden Podiumsdiskussion kommen  
Vertreter von Finanz,- und Unter-  
nehmerseite zu Wort: Georg  
Lehmann, BAWAG Allianz Mitar-  
beitervorsorgekasse AG, Norbert  
Leitgeb, Österreichische Kontroll-  
bank AG, Martha Oberndorfer,  
Kommunalkredit Dexia Asset  
Management AG und Richard  
Schenz, Regierungsbeauftragter für  
den Kapitalmarkt.

Anmeldung per Mail bis 24. Jänner  
an: [s.gady@iv-net.at](mailto:s.gady@iv-net.at)

10. internationale Konferenz  
zu Informations- und Kom-  
munikationstechnologien  
*in der Stadtplanung und Regional-  
entwicklung - CORP2005*

**22.-25. Februar 2005**

**Wo:** TU Wien

Etwa 120 Vorträge von ExpertInnen  
aus aller Welt zu den Themen  
Stadtplanung, Regionalentwicklung,  
Informationsgesellschaft,  
BürgerInnenbeteiligung,  
Geographische Informationssysteme

(GIS), grenzüberschreitende Ko-  
operationen, Open Source, 3D- und  
4D-Stadtmodelle, nachhaltige Ent-  
wicklung, Verkehrsplanung, Visuali-  
sierung u.v.m. sind vorgesehen.  
Podiumsdiskussionen, Fachaus-  
stellung, Posterpräsentationen und  
ein umfassendes Rahmenprogramm  
runden das Angebot ab.

Programmfolder (Download):

[http://corp.mmp.kosnet.com/temp/  
CORP2005\\_Programm.pdf](http://corp.mmp.kosnet.com/temp/CORP2005_Programm.pdf)  
(PDF-File, 1MB)

REGENBOGEN-BALL 2005 -  
BALD IST ES SO WEIT

**29. Jänner**

**Wo:** Parkhotel Schönbrunn

Im großen Ballsaal werden die  
Damenkapelle Johann Strauß und  
die Band A-Live abwechselnd für  
gute Tanzlaune sorgen. Murielle  
Stadelmann und Desert Wind laden  
in die Sissy Bar bzw. in den  
Wintergarten, um gemütlich und  
entspannt ihren grandiosen musika-  
lischen Darbietungen zu lauschen.  
Schweißtreibender wird es wieder,  
wenn Wolfgang Stanek um  
Mitternacht zur beliebten  
Publikums-Quadrille aufruft. Danach  
folgt mit dem Auftritt von Marc  
Almond, Sänger des ehemaligen  
Pop-Duos „Soft Cell“, sicher ein  
Highlight des Abends.

Karten für den Regenbogen-Ball  
2005 sind bei folgenden Stellen  
erhältlich:

Buchhandlung Löwenherz, Café  
Berg, Café Standard, Café  
Willendorf, Felixx, Frauencafé, Ginas  
Weibar, Tiberius, Tanzschule Stanek  
und in allen Zweigstellen der Bank  
Austria-Creditanstalt, sowie auf  
<http://www.hosiwien.at/ball>

Kunst - Kultur - Entwicklung

**Do., 20. Jänner 2005, 19.00**

**Wo:** Kultur unter der Bücke,  
Wipplingerstraße 23, 1010 Wien

Politische Kunst und interkultureller  
Polylog

Von der Gegenöffentlichkeit über die  
Popularisierung zur Musealisierung

Kann Kunst eine Rolle im umkämpf-  
ten Terrain der Entwicklungspolitik  
spielen? Sie kann, und sie hat das mit  
den ihr eigenen Mitteln auch schon  
immer getan. Politisches und revolu-  
tionäres Theater, subversive Songs,  
verstörende Malerei stellen in diesem  
Diskurs sicherlich politischere  
Stimmen dar als die Zursch-  
austellung sogenannter traditioneller  
Kunst, ob in Form von Ethnotanz  
oder Maskenausstellung.

**Am Podium:**

Monika Mokre, FOKUS: Politische  
Kunst zwischen Autonomie und  
Relevanz

Ina Ivanceanu, freie Forscherin:  
Kunst Macht Raum. Migrantische  
Kunst oder Kunst jenseits von fixen  
Zugehörigkeiten?

**Moderation:**

Gerald Faschingeder, Mattersburger  
Kreis

Anschließend Publikumsdiskussion

\*Der GLOCALIST übernimmt keine Gewähr  
und Haftung für Preis- Ort- und  
Zeitangaben.



---

## ***ABO-Bestellfax: 01/ 597 68 55 oder: [www.glocalist-review.com](http://www.glocalist-review.com)***

---

**Ja**, ich möchte als **Privatperson** den Glocalist Review (41 digitale Ausgaben jährlich, Versand als PDF) ab sofort zum Jahrespreis von nur 25,- Euro inkl. MwSt. abonnieren.

**Ja**, ich möchte als **Organisation** den Glocalist Review (41 digitale Ausgaben jährlich, Versand als PDF) ab sofort zum Jahrespreis von nur 125,- Euro inkl. MwSt. abonnieren.

*(Vorteile des Organisationsabonnements erklären wir Ihnen gerne persönlich unter: 0699/11 88 16 43)*

Vorname \_\_\_\_\_

Nachname \_\_\_\_\_

Firma/Organisation \_\_\_\_\_

Mail \_\_\_\_\_

Adresse, PLZ/Ort \_\_\_\_\_

Tel \_\_\_\_\_

Fax \_\_\_\_\_

Das Glocalist Review-Abo kann ich 6 Wochen vor Ablauf der Jahresfrist ohne Angabe von Gründen kündigen. Andernfalls verlängert es sich ein weiteres Jahr.

Widerrufsrecht: Mir ist bekannt, dass ich diese Bestellung innerhalb einer Woche ab Bestellung schriftlich widerrufen kann, unter [office@glocalist-review.com](mailto:office@glocalist-review.com), oder per Post an „Glocalist Review“ Bamherzigengasse 16/7/1, A-1030 Wien. Zur Wahrung der Frist genügt die rechtzeitige Absendung des Widerrufs (Datum des Header/Poststempels).

Datum \_\_\_\_\_ Unterschrift: \_\_\_\_\_